



Über den 12. Februar 1934

HANS HAUTMANN

Der Februar 1934 nimmt in der Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen den Gesellschaftsklassen in Österreich einen besonderen Platz dadurch ein, dass er in der denkbar schärfsten Form, als bewaffneter Kampf, als Bürgerkrieg ausgetragen wurde. Und das ausgerechnet bei uns, in einem Land, das das Image hat, dass sich hier die politischen Auseinandersetzungen grundsätzlich in friedlichen, auf Kompromiss ausgerichteten, konsensgeprägten, sozialpartnerschaftlichen, gemütlichen Formen abspielen. Dieser krasse Widerspruch ruft berechtigterweise die Frage nach den Ursachen hervor; und um sie beantworten zu können, ist es notwendig, auf der einen Seite die Situation der Arbeiterbewegung zu betrachten und auf der anderen Seite die Haltung der herrschenden Klassen des bürgerlichen Lagers, jener beiden Kontrahenten, die im Februar 1934 bewaffnet zusammenstießen.

I.

Möglich wurde die äußerste Zuspitzung in Form des Bürgerkrieges dadurch, dass in Österreich eine sonst nirgends vorhandene Voraussetzung gegeben war: eine bewaffnete Arbeiterschaft, etwas in der Geschichte sehr seltenes und ungewöhnliches. Bewaffnete Arbeiter gibt es ansonsten nur in Perioden revolutionärer Umwälzungen. So war es, als es im Verlauf der revolutionären Welle nach dem Ersten Weltkrieg in einer Reihe europäischer Länder zur Bewaffnung der Werktätigen kam. Während diese jedoch spätestens 1923 allesamt wieder entwaffnet wurden, blieb der Arbeiterschaft in Österreich auch über das Ende der revolutionären Nachkriegskrise hinaus, bis zum Februar 1934, der Besitz an Waffen erhalten. Im April 1923 gründete sich bei uns der „Republikanische Schutzbund“, eine aus den Ordnerschaften des Arbeiterrats und den Arbeiter- und Fabrikswehren der Jahre 1918 und 1919 hervorgegangene proletarische Militärorganisation. Der

Schutzbund, der am Höhepunkt seiner Entwicklung, im Jahr 1928, 80.000 Mitglieder hatte, hat seine Angehörigen im Waffengebrauch unterwiesen, er hat an den Wochenenden militärische Übungen durchgeführt und hat in geheimen Depots über eine große Zahl an Infanteriegewehren, Pistolen, Maschinengewehren, selbstgefertigten Handgranaten, Munition sowie über reichliche Mengen an Sprengstoff verfügt. Eine dem Schutzbund vergleichbare bewaffnete Formation besaß die Arbeiterklasse zur selben Zeit in keinem anderen Land der kapitalistischen Welt.

Eine weitere Eigenheit der Situation in Österreich war, dass der proletarische Militärverband des Republikanischen Schutzbundes von einer nichtrevolutionären Partei ins Leben gerufen wurde und dass dessen Angehörige Mitglieder der österreichischen Sozialdemokratie waren. Die Tatsache, dass der Schutzbund von einer Partei geführt wurde, die auf reformistischen, den Maximen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie verpflichteten Positionen stand, hat der Vorgeschichte, dem Ausbruch und dem Verlauf der Februarkämpfe in jeder Hinsicht ihren Stempel aufgedrückt. Für die sozialdemokratischen Führer war der Schutzbund primär ein politisches Druckmittel gegenüber dem bürgerlichen Lager, nicht aber eine Organisation, die offensiv, als Speerspitze eines Kampfes für den Sozialismus in Aktion treten sollte. Die Parteiführung verpflichtete die Arbeiter und Schutzbündler zur Taktik des „Gewehr bei Fuß“, zum Abwarten der Weisungen von oben, was sich angesichts der Politik der dauernden Rückzüge des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegenüber den Pressionen der Bundesregierung negativ, geradezu katastrophal auswirkte. Im Legalismus befangen war die Sozialdemokratie unfähig, die Attacken eines Feindes, der ihr den „erprobten“, „normalen“ Boden der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie sukzessive unter den Füßen fortzog, mit adäquaten, wirkungs-

vollen Gegenmethoden zu parieren. Sie gab gegenüber den seit 1927 von Jahr zu Jahr und nach der Ausschaltung des Parlaments durch die Dollfuß-Regierung im März 1933 von Monat zu Monat effektiver werdenden Faschisierungsmaßnahmen eine entscheidende Machtposition nach der anderen kampflos auf. Damit manövrierte sie die österreichische Arbeiterbewegung am 12. Februar 1934 in eine Situation hinein, in der die Aussichten auf eine erfolgreiche Abwehr der faschistischen Offensive nur noch als sehr gering zu veranschlagen waren. Karl Renner, Otto Bauer und andere führende Funktionäre haben bis in die letzten Tage vor den Februareignissen der Regierung Dollfuß Beschwichtigungsangebote unterbreitet, die die Grenze der Selbstverleugnung der sozialdemokratischen Bewegung als eigenständiger politischer Kraft bereits überschritten. Wäre es also allein nach dem Willen der sozialdemokratischen Führer gegangen, dann hätte ein 12. Februar 1934 in der Form nie stattgefunden.

Dass es zu ihm kam, war das Verdienst jenes klassenbewussten Kerns der österreichischen Arbeiter, der der Stimmung der Resignation widerstand, die durch die dauernden Rückzugsmanöver der Parteiführung hervorgerufen wurde und unter den Werktätigen immer mehr um sich griff. Er gelangte in den Monaten zwischen dem März 1933 und dem Februar 1934 zur Erkenntnis, dass ein wirklicher Kampf gegen die verfassungsbrechende und demokratieaushöhlende Staatsmacht nur dann möglich sein würde, wenn man die Fesseln einer selbstmörderisch gewordenen Parteidisziplin abwarf. Zum Wortführer dieser sozialdemokratischen Linksopposition wurde der oberösterreichische Landespartei sekretär und Schutzbundobmann Richard Bernaschek. Er war es, der am 12. Februar 1934 gegen den Willen Otto Bauers und der anderen sozialdemokratischen Parteiführer das Signal zum Kampf setzte; und wenn nicht er, hätte es in jedem Fall auch ein anderer getan, denn die

Überzeugung „Bis hierher und nicht weiter, lieber kämpfend untergehen als kampflös kapitulieren“ war bereits weit verbreitet. Die Februartkämpfe in Österreich sind daher nicht nur als große antifaschistische Abwehraktion, sondern ebenso sehr als Auflehnung klassenbewusster sozialdemokratischer Arbeiter gegen die demoralisierende Rückzugspolitik der eigenen Parteiführung zu sehen, als Akt der Emanzipation von einer reformistischen Politik, die die historische Prüfung in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht bestanden und die Arbeiterklasse in eine verzweifelte Situation geführt hatte.

II.

Als logische Folge dieser Entwicklung traten nach dem Februar 1934 der KPÖ, die damals ungefähr 3000 Mitglieder hatte, in wenigen Monaten etwa 13.000 ehemalige Sozialdemokraten bei. Und hier muss etwas über die Bedeutung dieses Vorgangs für die kommunistische Bewegung in Österreich eingeflochten werden.

Wenn wir die Geschichte der KPÖ im Ganzen betrachten, von ihrer Gründung vor 85 Jahren, im November 1918, bis heute, so kommt man nicht umhin festzustellen, dass sie nur ungefähr zwanzig Jahre lang eine größere und wichtige politische Rolle in Österreich gespielt hat. Das waren einerseits die Jahre des Widerstandskampfes gegen den Faschismus grüner und brauner Provenienz, in dem Kommunistinnen und Kommunisten an vorderster Front standen und die größten Opfer brachten, andererseits das erste Jahrzehnt der 2. Republik, in dem die KPÖ über 100.000 Mitglieder hatte, im Nationalrat und anfangs auch in der Regierung vertreten war, starke Positionen in der Betriebsarbeiterschaft besaß, in Landtagen und faktisch allen Gemeinderäten wichtiger Städte und Industrieorte Mandatare sitzen hatte, ein weit verbreitetes Netz an Organisationen besaß, Ausstrahlungskraft hatte auf Bereiche wie Kultur und Sport – mit einem Wort: ein relevanter politischer Faktor in Österreich war. Der Ausgangspunkt für diesen Aufstieg der KPÖ zu einer Kraft mit Massenwirksamkeit, der bis Mitte der fünfziger Jahre anhielt, war eben dieser Februar 1934. Durch ihn wurde die KPÖ unter den Bedingungen der Illegalität mit einem Schlag zu einer Partei, die das erlangte, was sie vorher nicht besaß, nämlich realen Einfluss unter den Arbeitermassen in Österreich – ein Phänomen, das in dieser Form in der Geschichte der

internationalen Arbeiterbewegung einzig dasteht. Denn die KPÖ ist das weltweit einzige Beispiel dafür, dass eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei plötzlich die Stellung wechselte und sich bei den Kommunisten einreichte – und das aus freiem Entschluss und eigener Erkenntnis heraus. Und der Beitritt dieser ehemaligen Sozialdemokraten war keine vorübergehende Episode, entsprungen aus Gefühlen der Verbitterung, Enttäuschung, Verärgerung, sondern ein bewusster politischer Schritt auf Dauer. Diese ehemaligen sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeiterinnen, Schutzbündler, Februartkämpfer waren es, die in der Folge das Rückgrat der Partei bildeten und der kommunistischen Sache über alle Fährnisse hinweg die Treue hielten.

Diese den Februar 1934 begleitenden Vorgänge hatten auch gewaltige Bedeutung für die kommunistische Weltbewegung insgesamt und ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie. Es ist richtig, dass die KPÖ die sozialdemokratischen Arbeiter schon Jahre vor den Februarereignissen vor der Entwicklung gewarnt hat und es Warnungen waren, die durch den 12. Februar 1934 bestätigt wurden. Es steht aber auch fest, dass die KPÖ und die Mitglieder der KPÖ an den Kampfhandlungen keinen, und wenn, nur einen kleinen Anteil hatten, dass die Träger des bewaffneten Widerstandes in den Februartagen sozialdemokratische Arbeiter und Schutzbündler waren. Anders konnte es auch gar nicht sein, weil die Kommunisten keinen Zugang zu den Waffenbeständen des Schutzbundes hatten und am 12. Februar, wenn sie mitkämpfen wollten, darauf angewiesen waren, Gewehre vom Schutzbund ausgefolgt zu bekommen. Bei weitem nicht überall ist das gesehen.

Es waren also Sozialdemokraten, die mit der Waffe in der Hand gegen den Austrofaschismus kämpften. Und wichtige Parteiführer wie Otto Bauer und Julius Deutsch haben sich am 12. Februar 1934 so verhalten, dass man ihnen den Vorwurf der Würdelosigkeit und schmachvollen Kapitulantentums nicht machen konnte. Das hat entscheidend dazu beigetragen, dass die kommunistische Weltbewegung sektiererische Positionen gegenüber der Sozialdemokratie – Stichwort: Sozialfaschismus – überwand und eine strategische Neuorientierung vollzog, die auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 systematisiert wurde. Das hat die Ausstrahlungskraft der kommunistischen

Parteien in allen Ländern erhöht, eine Einheitsfront- und Volksfrontpolitik ermöglicht und eine historische Wende im antifaschistischen Kampf der Arbeiterklasse herbeigeführt. In diesem Zusammenhang lenkte der VII. Weltkongress der Komintern und ihr Generalsekretär Georgi Dimitroff die Aufmerksamkeit der österreichischen Kommunisten auf die Notwendigkeit, die nationale Frage als Schlüsselfrage und Haupthebel für eine erfolgreiche Volksfrontpolitik gründlicher als bisher zu studieren. Es war Alfred Klahr, dem das große Verdienst zukommt, aufgrund einer exakten marxistischen Analyse die eigenständige Existenz der österreichischen Nation herausgearbeitet zu haben. Damit konnten dem Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs gegenüber dem deutschen Imperialismus schon vor, vor allem aber nach der Okkupation des März 1938 neue und wesentliche Impulse gegeben werden.

III.

Als am frühen Morgen des 12. Februar 1934 sich in Linz Schutzbündler unter der Führung Richard Bernascheks einer Waffensuche der Polizei in der Landespartei-Zentrale im Hotel Schiff auf der Landstraße bewaffnet entgegenstellten, begann ein vier Tage währender blutiger Bürgerkrieg. Der Kampf stand durch die Schuld und Versäumnisse der sozialdemokratischen Führung von Beginn an unter äußerst ungünstigen Voraussetzungen: Die meisten höheren Schutzbundkommandanten waren schon vorher verhaftet worden, wodurch viele geheime Waffendepots unzugänglich blieben; der unbedingt notwendige Generalstreik der Masse der Werktätigen kam nicht oder nur lückenhaft zustande; das Bundesheer konnte über die Eisenbahn ungehindert ihre Truppen in die Kampfzentren verlegen; wo man sich an den Sammelpunkten bewaffnete, wurde in der Regel der Befehl befolgt, von den Waffen erst dann Gebrauch zu machen, wenn die Exekutive angreifen sollte; diese Orientierung überließ die Initiative dem Gegner, und es gelang deshalb den Aufständischen nirgends, größere geschlossene Verbände zum Angriff zu führen. Trotz dieser denkbar schlechten Umstände lieferten die Arbeiter und Schutzbündler den an Zahl und Ausrüstung überlegenen Regierungstreitkräften erbitterten Widerstand. Brennpunkte der Kampfhandlungen waren die Arbeiterbezirke Wiens, in Oberösterreich Linz, Steyr und das Kohlenrevier des Hausruckviertels, in der Steiermark die Vororte von Graz und das

obersteirische Industriegebiet mit Bruck an der Mur.

IV.

Der eigentlich entscheidende Faktor, der im Februar 1934 die äußerste Zuspitzung bis zum bewaffneten Kampf, bis zum Bürgerkrieg herbeiführte, war aber der absolute Vernichtungswille der herrschenden Klasse, der österreichischen Großbourgeoisie. In dem Zusammenhang kann man oft die Redewendung hören: diese scharfe, unerbittliche Haltung sei doch nur ein Resultat und eine Antwort auf die Radikalität der Sozialdemokratie gewesen, die mit der Losung von der Diktatur des Proletariats, formuliert im Linzer Programm von 1926 das Bürgertum so bedroht und erschreckt hat. Ausdruck findet diese Argumentation in der These von der „geteilten Schuld“, die immer noch im Schwange ist. Es ist das eine Kritik von rechts, die dem konträr entgegensteht, was an Schuld und Versäumnissen der Sozialdemokratie tatsächlich zur Last gelegt werden kann und von denen einige angesprochen wurden. Folgt man ihr, dann hat das zur Konsequenz, dass sich unterdrückte Schichten prinzipiell nicht zur Wehr setzen dürfen, weil das Gegenreaktionen der Herrschenden hervorruft und damit katastrophale, blutige Entwicklungen eintreten. Eine solche Argumentation ist dazu angetan, die Niederhaltungsmethoden der Herrschenden in der Geschichte prinzipiell zu beschönigen und zu rechtfertigen. In Wahrheit war bei der österreichischen Bourgeoisie der Vernichtungswille vom ersten Moment der 1. Republik an, seit dem November 1918, vorhanden. Er war nur deshalb zeitweise verdeckt, weil es dazu an Kräften und Möglichkeiten mangelte. Als diese endlich zur Verfügung standen und auch auf internationaler Ebene die Zeit des Aufwinds des Faschismus begonnen hatte, war von irgendwelchen auf friedlichen Konsens und Kompromiss abzielenden Haltungen und bürgerlich-zivilisierten Umgangsformen nichts mehr zu bemerken.

V.

Führen wir zwei Beispiele an. Im Heft der „Fackel“ mit dem Titel „Der Hort der Republik“, das die Ereignisse des 15. Juli 1927 in Wien behandelt, zitiert Karl Kraus eine Äußerung des damaligen Präsidenten der Journalistenvereinigung „Concordia“, Dr. Edmund Wengraf, veröffentlicht im bürgerlichen „Neuen Wiener Journal“. Wengraf schrieb:



„Was ist denn nun aber eigentlich diese Ordnung, für die wir mit Treue und Opfermut und angeblich auch mit ‚Bestialität‘ eintreten? Sie ist für die große Mehrzahl der Menschen im Grunde eine recht geringfügige Sache: ein klein wenig Hab und Gut, kaum der Rede wert, in Wertziffern ausgedrückt meist eine Bagatellsumme; dazu eine Anzahl von Freundschafts-, Familien- und Geschäftsverbindungen, in die wir seit so und so viel Jahren eingesponnen sind; ein bescheidenes Maß von Erwerbssicherheit und von Lebensgewohnheiten, die damit zusammenhängen (...) Unser Stück Welt, auf dem wir leben und sterben wollen (...) Das ist unsere Ordnung! Und gegen jeden Versuch, sie uns zu rauben, wollen wir uns wehren, bis aufs Äußerste, wenn’s sein muss, auch bis zur Bestialität“.¹

Der Publizist „Sozius“ (Eli Rubin) brachte 1930 eine Broschüre mit dem Titel „Lenin in Wien“ heraus, in der folgende Passagen zu finden sind: S. 3: „Die asiatische Pest des Marxismus hat Österreich ergriffen (...) Asiatische Gehirne haben einen wüsten Götzendienst aus Menschenhass und Gier ausgebrütet, wie aus beklemmend riechenden Opiumhöhlen dunstet Übles aus dem Raubbau (Sozius meinte die Gemeindebauten des Roten Wien, H.H.) des österreichischen Marxismus“; S. 9: In Wien „türmen sich, zyklonenhaft aufgeschichtet, die Würfelkolosse der marxistischen Wohnbauten, zumeist blutigrot, dunkelrot wie frisch vergossenes Blut (...) Diese

ganze Stadt ist eine einzige furchtbare Festung!“; S. 11: Wien ist das „Bollwerk der sozialistischen Internationale“, eine „Rote Festung, die an Bedrohlichkeit für Europa das ferne Leningrad, das entlegene Moskau weit in den Schatten stellt“; die „Österreichische Rote Armee“ (Sozius meint den Republikanischen Schutzbund, H.H.) will Staatsgewalt, Bürger- und Bauerntum „vernichten“, ihr „Feldruf“ lautet: „Alle Macht den Räten!“; S. 60: In Österreich fehle deshalb eine starke kommunistische Partei, weil die „so genannten Sozialdemokraten“ Österreichs in der Praxis „radikaler, konsequenter und fast brutaler sind als die russischen Bolschewiken“.

So geht es über 76 Seiten bis zu folgendem Schluss: „Der einzige Machtfaktor in Österreich, der sich aktiv dieser bolschewistischen Lawine entgegenstellt, ist die österreichische Heimwehr, geführt von Dr. Richard Steidle und Dr. Pfrimer. Die österreichische Heimwehr kämpft, wie die Dinge liegen, nicht nur für Österreich, sie verteidigt die Kultur Europas“.²

VI.

Vier Jahre später zeigte sich, wie man die Kultur Europas verteidigte. Der bewaffnete Arm der bürgerlichen Staatsmacht, das Bundesheer, die Polizei, die Gendarmerie und die als Hilfstruppe eingesetzten austrofaschistischen Heimwehren gingen im Februar 1934 gegen die Arbeiter mit äußerster Härte und Brutalität vor. Die Wohnhäuser der Arbeiter in Wien, Linz, Steyr, Bruck an der



Mur standen unter stunden-, oft tagelangen Artilleriebeschuss, der auch Frauen und Kinder in Mitleidenschaft zog. Auf die Wiener Gemeindebauten sind im Verlauf der drei Kampftage nicht weniger als 613 Granaten abgefeuert worden, die schwere Schäden anrichteten. In Holzleiten im Hausruck sind sechs an den Kämpfen unbeteiligte Arbeitersanitäter auf die Bühne des Arbeiterheims getrieben und von einem Peloton des Bundesheeres niedergeschossen worden. Gefallene Schutzbündler ließ man zur Abschreckung tagelang auf den Straßen liegen. Gefangengenommene Arbeiter wurden von Heimwehrlern und Polizisten oft halbtot geprügelt. Im standrechtlichen Verfahren wurden vom 14. bis zum 21. Februar 1934 21 Todesurteile verhängt und an neun Personen durch Erhängen vollstreckt. Einer davon, der Wiener Schutzbündler Karl Münchreiter, der der Exekutive schwerverletzt in die Hände gefallen war, wurde auf einer Tragbahre zum Galgen geschleppt und gehenkt. Über 10.000 Februarkämpfer, Schutzbündler und Arbeiterfunktionäre wurden verhaftet; von diesen hat man 1200 Personen zu schweren Kerkerstrafen in der

das ureigenste Produkt der spezifisch österreichisch-katholisch-donaukonföderationsorientierten- monarchie- und habsburgnostalgischen Kreise des Kapitals bei uns, und die Ära des Ständestaates war die einzige Periode im Rahmen der österreichischen Geschichte, in der es diesen Kreisen gelang, ihre unumschränkte Alleinherrschaft zu erlangen und auszuüben. Das Resultat hat auch danach ausgesehen.

VII.

Hat uns der Februar 1934 auch heute noch etwas zu sagen und uns Erfahrungen zu vermitteln? Ich glaube, ja. Die Geschichte ist keine Einbahnstraße, auch nicht nach dem Sieg des Weltkapitalismus über das sozialistische Staatensystem vor vierzehn Jahren, sondern eine Ebbe-und-Flut-Bewegung, eine Abfolge von Siegen und Niederlagen, Defensiven und Offensiven. Die Bedeutung des 12. Februar 1934 heute, in der für die Linke so misslichen Situation, besteht darin, dass durch die Niederlage, die damals die österreichische Arbeiterbewegung erlitt, der letzte Sieg bereits durchschimmerte. Durch diesen Kampf wurde

Höhe von 1400 Jahren verurteilt. Die zivilisierte Welt war starr vor Erstaunen und Entsetzen, was im Land der angeblichen Walzerseligkeit und Heurigenverbrüderungsstimmung möglich war.

Zu solchen Exzessen waren die Herrschenden bei uns vor siebzig Jahren fähig, und nach ihrem Sieg errichteten sie eine autoritär-faschistische ständestaatliche Diktatur, in der ihr Wesen zum Ausdruck kam. Den Februar 1934 und die Diktatur der Jahre 1934 bis 1938 kann die österreichische Bourgeoisie nicht auf andere, auf Hitler und die Nationalsozialisten abwälzen, wie man es mit der „Opferthese“ für die Zeit der deutschen Besetzung getan hat und tut. Beide waren

der Welt gezeigt, dass der Faschismus und die Reaktion bei ihrem Vormarsch nicht darauf hoffen durften, überall auf Kapitulationsbereitschaft und ein resignatives Streichen der Segel zu stoßen. Denn trotz der Niederlage erfüllte sich die Erwartung der Dollfuß- und Schuschnigg-Regierung, dass breite Arbeiterschichten aus Enttäuschung und Verzweiflung in Passivität verfallen würden, nicht. Im Gegenteil: gerade dadurch, dass die Februarereignisse bewiesen, dass es eine Alternative gegen die kampflose Kapitulation vor reaktionären Anschlägen gibt, wurde in Österreich und weit über Österreich hinaus neuer Mut in die Reihen der Arbeiterklasse getragen und ihre Entschlossenheit zur antifaschistischen Gegenwehr gestärkt. Der Februar 1934, der zu den besten revolutionär-demokratischen Traditionen des österreichischen Volkes gehört, stellt daher einen Wendepunkt in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung dar. Er wurde zum Vorboden des nationalrevolutionären Krieges in Spanien 1936 bis 1939 und des Kampfes der Völker gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg, der mit dessen völliger Niederlage endete.

Anmerkungen

1/ Die Fackel, Nr. 766-770, Wien, Oktober 1927, S. 8

2/ Sozius, Lenin in Wien = Wiener Volksschriften, Nr. 4, Wien 1930

Rote Traumfabriken

Die Wien-Film am Rosenhügel 1950-1955

Retrospektive
22.-31. März 2004, Metro Kino
Johannessgasse 4, Wien 1

Von 1946 bis 1955 hatten die sowjetischen Besatzer die Kontrolle über die Wien-Film Ateliers am Rosenhügel übernommen, ab 1950 entstanden dort 16 Eigenproduktionen – eine rote Traumfabrik zumindest als



Intention. In dieser Schau werden erstmals alle Filme der „roten Rosenhügelproduktion“ zu sehen sein.

www.filmarchiv.at

Die KPÖ und der 12. Februar 1934¹

WINFRIED R. GARSCHA

Friedrich Hexmann – als einer der jungen Führer des Jännerstreiks 1918, Mitbegründer der KPÖ am 3. November 1918 und Redner bei zahllosen öffentlichen Aktionen der kleinen Partei in den 1920er Jahren zumindest in Wien auch linken Sozialdemokraten ein Begriff – erzählte Jahrzehnte später, wie er vergeblich versucht hatte, sich den kämpfenden Schutzbündlern auf dem Laaer Berg, die den riesigen Gemeindebau-Komplex des George-Washington-Hofes in Wien-Favoriten verteidigten, anzuschließen. Auf Grund seiner unverwechselbaren, lauten Fistelstimme und seiner kleinwüchsigen Gestalt war er schon von weitem zu erkennen gewesen. Sobald er sich den Stellungen des Republikanischen Schutzbundes genähert habe, hätten ihn die bewaffneten Sozialdemokraten aufgefordert zu verschwinden, denn: „Das ist unser Kampf!“

Die massive Übertrittsbewegung nach der Niederlage, als sich rund Zwölftausend sozialdemokratische Februarkämpfer der bereits seit Mai 1933 in den Untergrund gedrängten Kommunistischen Partei anschlossen, machte die KPÖ zum zahlenmäßig ebenbürtigen Rivalen (und zeitweiligen Partner) der Revolutionären Sozialisten² im illegalen Kampf gegen das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime. Der typische Lebenslauf eines mittleren KPÖ-Funktionärs der Zweiten Republik³ umfasste die Stationen Kinderfreunde – Rote Falken – Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) – Wehrsport (Jugendorganisation des Republikanischen Schutzbundes) – Republikanischer Schutzbund – Teilnahme an den Februarkämpfen 1934 – Übertritt zur KPÖ (dieser war in vielen Fällen im Exil in der CSR bzw. UdSSR erfolgt). Damit wurden die Februarkämpfe zum Bestandteil der KPÖ-Geschichte. Ernst Wimmer, der sich als „KPÖ-Chefideologe“ in den 1970er und 1980er Jahren sowohl in Abgrenzung vom „Eurokommunismus“ als auch von den in der Partei vorherrschenden stalinistisch geprägten Vorstellungen um eine Neupositionierung der KPÖ bemühte, war – bei aller Unduldsamkeit gegenüber seinen KritikerInnen – peinlich darauf bedacht, die Gefühle der Generation der antifaschistischen WiderstandskämpferInnen innerhalb der Partei zu respektieren. Als im Vorfeld des 50. Jahrestags der Februar-

kämpfe in der Historischen Kommission der KPÖ die Idee diskutiert wurde, zu versuchen, prominente sozialdemokratische Antifaschisten für eine gemeinsame – und damit ausdrücklich nicht nur kommunistische – Gedenkveranstaltung zu gewinnen, um ein Signal gegen die seit 1980 verstärkten neonazistischen Umtriebe zu setzen, schnitt Wimmer die Diskussion mit dem Hinweis ab, dass die 1934 zur KPÖ übergetretenen Februarkämpfer für solche taktischen Überlegungen kein Verständnis aufbringen würden: Der Februar 1934 sei unser Kampf gewesen und daher kein Anlass für Bündnisveranstaltungen, sondern für eine Manifestation kommunistischer Identität.

Das Bewusstsein der ehemaligen Schutzbündler von „ihrem Kampf“ prägte die Erinnerung an die Februarkämpfe in einem so starken Ausmaß, dass es konkurrierende Erinnerungen ausschloss – etwa die an die Rolle von Frauen, aber auch die an die Beteiligung von Kommunisten an den Kämpfen. Selbstverständlich bestand die übergroße Mehrheit der Kämpfenden auf Seite der Arbeiterschaft aus Männern des Republikanischen Schutzbundes, doch war der Anteil der Kommunisten gemessen am Stärkeverhältnis zwischen KPÖ und Sozialdemokratie vor 1934 überproportional. Das geht auch aus den Nachforschungen der Staatspolizei über die Parteizugehörigkeit von toten und verwundeten „Zivilisten“ hervor. Nach einer polizeiinternen Liste⁴ vom 6. Oktober 1934 standen in Wien den 55 Toten auf Seiten des Regierungslagers 131 Tote auf Seiten der Zivilbevölkerung gegenüber; von diesen waren 16 Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, 36 sonstige Sozialdemokraten und 6 Kommunisten. Unter den Verwundeten, die Polizei und Bundesheer in die Hände gefallen waren, befanden sich nach Polizeiangaben 19 Schutzbündler, 122 sonstige Sozialdemokraten und 4 Kommunisten.

Es ist anzunehmen, dass zumindest ein Teil der getöteten und verwundeten Kommunisten Angehörige der so genannten Arbeiterwehr waren, einer nach dem Ausschluss der Kommunisten aus dem Republikanischen Schutzbund 1928 gegründeten Organisation nach dem Muster des von der KPD geleiteten „Roten Frontkämpfer-Bundes“. Nach der behördlichen Auflösung des Republika-

nischen Schutzbundes (31. März 1933) und dem Verbot der KPÖ (26. Mai 1933) hatten sich kommunistische „Arbeiterwehler“ vor allem in Oberösterreich wieder dem Schutzbund angeschlossen und mitgeholfen, jene Untergrund-Strukturen aufzubauen, die im Februar 1934 Oberösterreich zu einem der Zentren der Februar-Kämpfe machten.

Nach Recherchen des wichtigsten Chronisten des antifaschistischen Widerstandskampfs in Oberösterreich, Peter Kammerstätter, war eine Reihe linker Sozialdemokraten, die im Laufe des Jahres 1933 aus Empörung über den Kapitulationskurs ihres Parteivorstands gegenüber den fortwährenden Attacken der aus Christlichsozialen und austrofaschistischen Heimwehren gebildeten Dollfuß-Regierung auf die Arbeiterschaft der illegalen KPÖ beigetreten waren, nach außen hin Mitglieder der (noch legalen) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geblieben – unter ihnen der Bezirkskommandant des Republikanischen Schutzbundes von Vöcklabruck, Karl Sulzberger, der im Oktober 1933 in die oberösterreichische SDAP-Parteileitung gewählt wurde. Die KPÖ versuchte über diese Kontakte auch, putschistischen Tendenzen, die vor allem im Umfeld des Linzer Schutzbund-Führers Richard Bernaschek an Einfluss gewannen, entgegen zu wirken. Die Verbindung zwischen der Exil-Leitung der KPÖ in Prag und den linken Sozialdemokraten in Linz und Steyr wurde vom erfahrenen Wiener kommunistischen Gewerkschaftsfunktionär Leopold Hornik und dem später vor allem durch seine Arbeiten zur Herausbildung der österreichischen Nation bekannt gewordenen kommunistischen Publizisten Alfred Klahr aufrecht erhalten; sie wandten sich vor allem dagegen, ohne ausreichende politisch-militärische Vorbereitung einfach „los zu schlagen“. Als entscheidende Voraussetzung für einen erfolgreichen Abwehrkampf hielten sowohl linke sozialdemokratische Gewerkschafter wie der Vorsitzende des Arbeiterbetriebsrats der Steyr-Werke (neben der Alpine-Montan damals der größte Betrieb Österreichs), August Moser, als auch die KPÖ-Führung die gleichzeitige Durchführung eines lückenlosen Generalstreiks.

Die Sozialdemokratie verlor zwar in den Monaten ihres Zurückweichens vor



der schrittweisen Aufrichtung der Diktatur seit dem März 1933 Hunderttausende Mitglieder, doch zahlreiche enttäuschte SozialdemokratInnen begannen sich Ende 1933/Anfang 1934 für die Politik der KPÖ zu interessieren, die sich von ihrem ultralinken Kurs⁵ verabschiedete und auch durch ihre Erfolge bei illegalen Aktionen als Vorbild für den Untergrundkampf galt, auf den sich nunmehr auch Tausende SozialdemokratInnen ernsthaft vorzubereiten begannen. Das wachsende Ansehen der KPÖ war in nichtgeringem Ausmaß auf die Ausstrahlung des so genannten Reichstagsbrandprozesses in Deutschland zurück zu führen, wo es dem der „Brandstiftung“ angeklagten bulgarischen Funktionär der Kommunistischen Internationale (Komintern), Georgi Dimitroff, gelungen war, den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring in einer persönlichen Konfrontation vor dem Reichsgericht aus der Fassung zu bringen und die Nazis als die eigentlichen Nutznießer, wenn nicht Anstifter des Brandes darzustellen. Die von Dimitroff in seinem Schlussplädoyer entworfene neue Linie für die internationale kommunistische Bewegung bedeutete eine radikale Abkehr von der seit Ende der 1920er Jahre durch die Kommunistische Internationale propagierte Vorstellung, unmittelbar vor einer neuen Runde von Kriegen und Revolutionen zu stehen, der eine (mitunter putschistisch anmutende) Offensivstrategie und eine scharfe Abgrenzung von der Sozialdemokratie entsprochen hatte. Dem gegenüber trat Dimitroff für die Organisation der Defensive gegenüber dem ganz

Europa bedrohenden Faschismus ein – seine Maxime lautete „Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer“, sie wurde auch für die KPÖ zur Richtschnur ihrer illegalen Tätigkeit. In Graz und Eisenstadt konnten mit Sozialdemokraten „Einheitsfront“-Vereinbarungen abgeschlossen werden, die illegale Landeskongresse der KPÖ in Oberösterreich wurde von Aktivisten mitorganisiert, die kurz zuvor noch Mitglieder der SDAP gewesen waren, in Graz und Wien-Favoriten traten Gruppen von Mitgliedern der SAJ und des „Wehrsports“ zum illegalen Kommunistischen Jugendverband über. Als Anfang Februar 1934 die faschistischen Heimwehren mit Unterstützung der Exekutive dazu übergingen, unter dem Vorwand von „Waffensuchen“ systematisch sozialdemokratische Einrichtungen zu zerstören, gab die KPÖ zusätzlich zu der von der CSR nach Österreich geschmuggelten Parteizeitung „Die Rote Fahne“ mehrere in Österreich selbst hergestellte Sondernummern heraus, in denen die Auflösung der faschistischen Organisationen, die Wiederherstellung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung des Verbots der KPÖ gefordert und auf die Gefahren der Hitler-Diktatur in Deutschland für Österreich verwiesen wurde.

Der bereits erwähnte Leopold Hornik wurde vom Zentralkomitee beauftragt, gemeinsam mit dem niederösterreichischen kommunistischen Gewerkschafter Franz Honner einen „Aufruf zum Generalstreik“ zu verfassen, den er am 7. Februar 1934 Johann Schorsch, dem Se-

ekretär der „Gewerkschaftskommission“ (der Zentralleitung der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften), vorlegte – als Vorschlag für einen gemeinsamen Aufruf von SDAP, Freien Gewerkschaften und KPÖ. Der Aufruf enthielt keine kommunistischen Forderungen, sondern bezog sich auf die Absetzung demokratisch gewählter sozialdemokratischer Stadtverwaltungen durch die Dollfuß-Regierung, Gewaltakte der Heimwehren gegen

sozialdemokratische Einrichtungen in den Bundesländern und die Besetzung der sozialdemokratischen Parteizentrale in Wienzeile durch die Polizei und rief zur Wahl von Streikleitungen auf, um den Abwehrkampf gegen die faschistischen Angriffe zu organisieren. Schorsch antwortete, er sei für einen Streik bereits wiederholt eingetreten, doch niemals damit durchgedrungen; er allein habe außerdem kein Entscheidungsrecht. Daraufhin ergänzte die die KPÖ den Aufruf um eine (im Vergleich zu früheren Formulierungen eher sanfte) Kritik am Kapitulationskurs des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsvorstandes und verbreitete ihn – als Sonderausgabe der „Roten Fahne“ mit dem Datum 10. Februar 1934⁶ – in ihrem eigenen Namen in den Betrieben.

Auch während der vier Kampftage zwischen 12. und 15. Februar waren es fast ausschließlich Kommunisten, die mit Flugblättern und Streuzetteln so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit zur Regierungspropaganda durch Zeitungen und Radio herstellten, wobei diese – in Wien und in der Obersteiermark verbreiteten – Flugschriften meist mit „K.P.Ö. / S.P.Ö.“ unterzeichnet waren. In Steyr übernahmen kommunistische Arbeiter der Steyr-Werke während der Kämpfe die Reparatur der Waffen, in Wien gelang es dem kommunistischen Medizin-Studenten Fritz Jerusalem (der später unter dem Namen Fritz Jensen bekannt wurde, vor den Nazis nach China flüchtete und sich an dem von Mao Zedong geführten „Langen Marsch“ beteiligte), eine Art Sanitätsdienst aufzubauen, in-

dem er schwerverwundete Schutzbündler heimlich im Lainzer Krankenhaus unterbrachte und besonders gefährdete Februarkämpfer später seiner Beiwagen-Maschine in die CSR in Sicherheit brachte.⁷

Die Februarkämpfe in Österreich waren – neben der erfolgreichen Abwehr eines faschistischen Putschversuchs in Frankreich zwischen 9. und 12. Februar 1934 durch Massendemonstrationen und einen von Kommunisten und Sozialisten gemeinsam organisierten Generalstreik – für Georgi Dimitroff, nach seiner Freilassung aus deutscher Haft und seiner Rückkehr in die Sowjetunion, die Bedeutung des Zusammengehens von Sozialdemokraten und Kommunisten bei der Abwehr der faschistischen Gefahr herauszustreichen, unter Anderem in seinem auch als Broschüre verbreiteten „Brief an die österreichischen Arbeiter“. Der Februar 1934 war somit – nach dem X. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933, das noch einmal die „Sozialfaschismustheorie“ bekräftigt hatte – der Anlass zu jener Änderung der Politik der Komintern, die schließlich zu der auf dem VII. Weltkongress 1935 propagierte „Volksfront“-Politik führte.

Von den in die Tschechoslowakei geflüchteten Schutzbündlern fanden 750 Zuflucht in der Sowjetunion⁸, 160 von ihnen fuhren 1936/37 nach Spanien, um als Angehörige der Internationalen Brigaden (meist im „12.-Februar-Bataillon“) im dreijährigen Bürgerkrieg die republikanische Regierung gegen die Franco-Putschisten zu verteidigen, über 200 kehrten noch vor 1938 nach Österreich zurück. Von den rund 400 in der UdSSR verbliebenen Schutzbündlern fielen vermutlich rund 150 dem stalinistischen Terror zum Opfer, weitere 20 bis 30 kehrten erst nach jahrelanger Lagerhaft zurück. 46 Schutzbündler wurden zwischen 1939 und 1941 den Behörden Nazi-Deutschlands übergeben, einige davon kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Das Schicksal dieser Menschen, von denen der größte Teil Mitglieder der Kommunistischen Partei war, blieb auch nach den Enthüllungen Chrustschows über Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 innerhalb der KPÖ ein Tabu, das erst in den späten 1980er Jahren gebrochen wurde – zunächst, noch zögerlich, in der 1987 erschienenen Parteigeschichte⁹ und nach der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive in Form eines Forschungsauftrags des Parteivorstands an Barry McLoughlin, der 1991,

gemeinsam mit Walter Szevera, die erste Liste mit Biografien rehabilitierter „Stalin-Opfer“ publizierte, die zu einem Großteil aus ehemaligen Februarkämpfern bestand.¹⁰

Es war offenbar diese Tabuisierung des stalinistischen Terrors, die fast vier Jahrzehnte lang eine Darstellung der KPÖ-Geschichte zwischen 1934 und 1938 verhinderte. Während der Kampf der KPÖ gegen die NS-Diktatur schon im Referat des KPÖ-Generalsekretärs Friedl Fürnberg auf dem 13. Parteitag (1946) ausführlich gewürdigt wurde und seit 1963¹¹ auch Gegenstand kommunistischer Geschichtsschreibung war, endeten die parteiinternen Schulungsmaterialien zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung mit dem Jahr 1934. Die erste ausführliche Darstellung der Geschichte der KPÖ zwischen 1934 und 1938 war in Arnold Reisbergs Buch zum 40. Jahrestag der Februarkämpfe¹² enthalten.

Anmerkungen

1/ Grundlage des nachfolgenden Beitrags sind, soweit nicht anders angegeben: Winfried Garscha/Hans Hautmann, Februar 1934 in Österreich, Berlin-Wien

1934 (dort sind auch zahlreiche Flugblätter und Streuzettel der KPÖ aus den Februartagen 1934 im Faksimile abgedruckt); Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hrsg.), Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien 1987, 21989, darin v.a. die Abschnitte 1931-1933 (Winfried R. Garscha, Organisation der Abwehr gegen den drohenden Faschismus) und 1934-1938 (Winfried R. Garscha/Hans Hautmann/Willi Weinert, Im Kampf gegen den Austrofaschismus); der Text stützt sich außerdem auf zahlreiche Gespräche des Autors mit Beteiligten in den 1970er und 1980er Jahren.

2/ Die im Herbst 1934 aus dem Zusammenschluss mehrerer linkssozialistischer Gruppierungen entstandene Partei arbeitete zwar mit der im Brünner Exil gebildeten Auslandsleitung der österreichischen Sozialdemokratie unter dem bisherigen Parteiführer Otto Bauer zusammen, nannte sich aber in bewusster Abgrenzung von der bisherigen Parteilinie „Revolutionäre Sozialisten“. RS und die KPÖ organisierten Mitte der 1930er Jahre jeweils rund 16.000 Mitglieder, während das Stärkeverhältnis zwischen SDAP und KPÖ in den 1920er Jahren fast 100:1 betragen hatte. – Zum Ver-

gleich: Die seit Juni 1933 von der Dollfuß-Regierung verbotene österreichische NSDAP zählte Mitte der 1930er Jahre rund 70.000 und Ende 1937 bereits über 100.000 Mitglieder.

3/ Paradigmatisch hierfür: Valentin Strecha, Widerstand für Österreich (=Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, hrsg. von der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ, Bd. 1), Wien 1988.

4/ Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Bundeskanzleramt/Inneres, IV/2406/Febr.34/Kt.4. (Auf diese Liste wurde der Autor dankenswerterweise vom Verfasser der gründlichsten Untersuchungen über die Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes, ihre politischen Motive und persönlichen Schicksale, Barry McLoughlin, aufmerksam gemacht.)

5/ „Sozialfaschismustheorie“: die Sozialdemokratie als Spielart des Faschismus, wobei Hauptangriffsziel die Linken in der SDAP waren, weil sie die Hauptverantwortung dafür trügen, dass die angeblich revolutionären Massen den sozialdemokratischen Betrug nicht durchschauten.

6/ Faksimile in: Garscha/Hautmann, a. a. O., S. 102.

7/ Eva Barilich, Fritz Jensen. Arzt an vielen Fronten (=Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der KPÖ für Geschichte, Bd. 5), Wien 1991, S. 50 ff.

8/ Ausführlich dazu: Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945, Wien 1997.

9/ Nach monatelangen Diskussionen einigte sich die Historische Kommission der KPÖ auf einen ganze zwei Seiten langen Text, der keine Zahlenangaben über die Opfer enthielt: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, a. a. O., S. 243. – Das zum 40. Jahrestag der Februarkämpfe erschienene Buch von Karl R. Stadler (Opfer verlorener Zeiten. Die Geschichte der Schutzbündler-Emigration 1934, Wien 1974) wurde zwar rezensiert – wobei vor allem auf die zahlreichen Fehler Stadlers hingewiesen wurde –, bildete jedoch keinen Anlass für eine auch noch so vorsichtige Stellungnahme zu diesem Problem.

10/ Barry McLoughlin/Walter Szevera, Posthum rehabilitiert. Daten zu 150 österreichischen Stalin-Opfern, Wien 1991.

11/ Hermann Mitteräcker, Kampf und Opfer für Österreich. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Widerstandes 1938 bis 1945, Wien 1963.

12/ Arnold Reisberg, Februar 1934. Hintergründe und Folgen, Wien 1974.

Dieser Beitrag von Winfried R. Garscha ist auch erschienen in den Mitteilungen des Filmarchiv Austria, Nr. 13.

Die Moskauer Deklaration in der Erinnerungs- und Memoirenliteratur

THOMAS SCHÖNFELD

Es war naheliegend, im Rahmen des Gesamtthemas „Moskauer Deklaration“ auch die Frage zu stellen, wie österreichische Politiker zu dieser Deklaration später Stellung genommen haben. Eine Durchsicht vieler Unterlagen hat ein enttäuschendes, aber nicht überraschendes Ergebnis gebracht. Enttäuschend weil die maßgebenden Politiker der SPÖ und der ÖVP zum Thema „Moskauer Deklaration“ wenig, manche sogar nichts zu sagen hatten. Nicht überraschend weil die Moskauer Deklaration ein Ergebnis der Anti-Hitler-Koalition, des politischen und militärischen Zusammenwirkens der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA war, im Kalten Krieg man aber die große Bedeutung der Anti-Hitler-Koalition für das Wiedererstehen Österreichs nicht mehr in Erinnerung rufen wollte.

Im folgenden soll über die Stellungen von fünf führenden Regierungspolitikern berichtet werden: Renner, Schärf, Figl, Gruber, Kreisky. Nachgeforscht wurde auch in den Schriften vieler weiterer Politiker. Sie werden aber in diesem Bericht nicht genannt werden. Noch eine Vorbemerkung: Die vier bisherigen Vortragenden waren Historiker. Ich bin aber Naturwissenschaftler. Das sei nur zur Information gesagt, nicht um kritische Bemerkungen aus dem Zuhörerkreis abzuwimmeln.

Karl Renner

Karl Renner hat die Proklamation vom 27. April 1945, die die Erklärung über die Wiederherstellung Österreichs enthält und die den Anschluss von 1938 für null und nichtig erklärt, zweifelsohne vorgeschlagen und formuliert. (Über mögliche Ergänzungen oder Änderungen durch andere Unterzeichner – Schärf, Kunschak, Kopenig – vor der endgültigen Beschlussfassung des Textes kann hier nichts gesagt werden). Die Proklamation vom 27. April 1945 bezieht sich auf die Moskauer Deklaration und gibt diese im Wortlaut wieder. An das Ende der Unabhängigkeitserklärung gestellt, also etwas abgetrennt, wird auch der abschließende Teil der Moskauer Erklärung über die Berücksichtigung des eigenen Beitrags Österreichs zu seiner Befreiung im Wortlaut angeführt – „in pflichtgemäßer Erwägung“, wie es da

heißt. Daran anschließend wird in der Erklärung bereits eine Formulierung verwendet, die später zu einem Argument für die Hauptlinie Renners und auch der SPÖ- und ÖVP-Vertreter in der Provisorischen und den nachfolgenden Regierungen wurde. Da wurde betont, dass „angesichts der Entkräftung unseres Volkes und Verarmung unseres Landes der Beitrag der österreichischen Regierung zur Befreiung nur bescheiden sein kann“. Das führte dann alsbald zur Haltung, dass Forderungen an Österreich ungerechtfertigt wären, ja dass eigentlich Österreich gerechtfertigte Forderungen an die Alliierten zu richten habe. Renner erwähnte die Moskauer Deklaration nie mehr, weder als Staatskanzler, als Bundespräsident noch in seinen aus dem Nachlass veröffentlichten Erinnerungen. Er sprach nur von den Forderungen Österreichs nach einem schnellen Ende der Besetzung und davon, dass Österreich als befreites Land von den siegreichen Alliierten keine wirtschaftlichen Belastungen auferlegt werden dürfen. An die Stelle einer Anerkennung der politischen und militärischen Leistungen der Alliierten zur Befreiung und Wiedererrichtung Österreichs, sowie der Anerkennung der ungeheuren Schäden, die die deutschen Armeen und die in ihnen dienenden Österreicher der Sowjetunion zugefügt hatten, trat also sehr schnell das Aussprechen von Forderungen an sie. Daraus ergab sich, dass Renner die Moskauer Deklaration nicht mehr thematisierte. In seinen Erinnerungen wurde sie mit keinem Wort erwähnt. Renners Erinnerungen sind insbesondere von dem Bemühen geprägt, seine eigene politische Vergangenheit zu rechtfertigen, nicht zuletzt sein Eintreten für einen Anschluss Österreichs an Deutschland, bis hin zu seiner Erklärung Anfang April 1938, in der er sein „Ja“ bei der Abstimmung über den Anschluss am 10. April 1938 bekannt gab und begründete. Eine Skizzierung seiner Argumente und Darstellungen ist allerdings hier nicht möglich.

Adolf Schärf

Adolf Schärf kam in seinen in Buchform erschienenen Erinnerungen auf die Moskauer Deklaration zu sprechen, allerdings nicht als eine entscheidende Weichenstellung für die Wiedererrich-

tung eines unabhängigen Österreich sondern in einer Nebenbemerkung zu seiner Darstellung der Politik sozialdemokratischer Führer. Der Schlüsselsatz in einer Passage über die Ereignisse und Erlebnisse 1943 – 1944 lautete: „Im November 1943 kam dann die Moskauer Deklaration über die Wiederherstellung eines freien Österreich. Sie bestärkte uns in unseren Auffassungen.“ Von welchen Auffassungen spricht Schärf hier? Er führte zuerst aus, dass die Radiosendungen der Alliierten bis zum Frühsommer 1943 nichts von der Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich gesagt hatten. „Der Gedanke, dass der Anschluss Österreichs an Deutschland rückgängig gemacht werden könnte, war damals neu und ungewöhnlich.“ Da ist natürlich zu fragen: Wusste Schärf nichts von den Aktionen und Zielen der Widerstandskämpfer? Kannte er nicht die Begründungen der Nazijustiz für die Todesurteile gegen Widerstandskämpfer, in denen ihnen die Absicht zur Zerreißung des Deutschen Reiches angelastet wurde? Hat er nie vom Aufruf des ZK der KPÖ in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 gehört, der mit den Worten schloss: „Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wiedererstehen“? Hatte er gerade jene, insbesondere von sowjetischen Sendern ausgestrahlten Aufrufe im Oktober 1942 verpasst, in denen die Bildung einer österreichischen Freiheitsfront angekündigt und ihre Ziele proklamiert wurden „Auf zum Volkskampf gegen Hitler und seinen Krieg und für ein freies und unabhängiges Österreich“?

Nun zurück zu den Ausführungen Schärfs. Er berichtete über ein Gespräch mit dem deutschen Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner, der ihn im Frühsommer 1943 in Wien besuchte, um ihn für eine Mitwirkung der österreichischen Sozialdemokraten an einer deutschen Anti-Hitler-Regierung zu gewinnen. Über dieses Gespräch schrieb Schärf: „Seitdem ich die Geistesschätze des deutschen Volkes kennen und lieben gelernt habe, hatte ich immer geträumt, meine Heimat wäre nicht Österreich sondern Weimar. ... Aber während des Gespräches mit Leuschner kam es mir wie eine Erleuchtung. ... Ich erkannte was

sich geändert hatte. Ich unterbrach meinen Besucher unvermittelt und sagte: ‚Der Anschluss ist tot. Die Liebe zum deutschen Reich ist den Österreichern ausgetrieben worden.‘ Während ich diese Worte sagte, hatte ich das Gefühl als ob nicht ich spräche, sondern ein anderer Mensch, eine andere Stimme aus mir... Ich konnte zunächst gar nicht begreifen, wie ich zu meiner Antwort gekommen war. Ich blieb aber dabei und erklärte, meine sozialdemokratischen Freunde könnten nur bei der Beseitigung des Hitlerregimes mittun, nicht aber dabei, den Anschluss zu erhalten... Ich habe rasch meine Freunde, insbesondere Seitz und Dr. Renner von der Unterredung in Kenntnis gesetzt und wir alle sind langsam in der darauf folgenden Zeit zur der Auffassung gekommen, die mir zuerst Leuschner gegenüber auf die Lippen gekommen war.“ Und nun folgte bei Schärf der Satz: „Im November 1943 kam dann die Moskauer Deklaration über die Wiederherstellung eines freien Österreich. Sie bestärkte uns in unserer Auffassung.“

Nach der Darstellung Schärfs beruhte die Abkehr führender Sozialdemokraten von einer Orientierung auf ein Verbleiben Österreichs bei Deutschland und die Hinwendung zu einem Eintreten für ein unabhängiges Österreich auf seiner „Erleuchtung“ beim Gespräch mit dem deutschen Sozialdemokraten Leuschner. Für die Darstellung Schärfs von seiner „Erleuchtung“ dürfte wohl folgendes Motiv eine Rolle gespielt haben. In Verbindung mit einer Beschönigung der bis 1943 fortgesetzten großdeutschen Orientierung sozialdemokratischer Führungspersönlichkeiten sollte die Hinwendung zu einem Eintreten für ein freies Österreich als politische Pioniertat – sowohl im österreichischen wie im internationalen Rahmen – dargestellt werden. Schärfs „Erleuchtung“ kam eben, wie er es hier darstellte, einige Monate vor der Moskauer Deklaration. Den „schwarzen Peter“ eines überlangen Festhaltens an der großdeutschen Orientierung, also für ein Akzeptieren des Anschlusses, schob Schärf in seinen Erinnerungen aber den sozialdemokratischen Gruppen im Exil, in London und New York, zu. Er schrieb: „...So kam es, dass viele Sozialisten in der Emigration Vorstellungen der alten Sozialdemokratie, zum Beispiel auch über den Anschluss an Deutschland, weiter wach hielten und pflegten, als in Österreich selbst der Anschlussgedanke bereits tot war.“ Es ist ja eine Tatsache, dass diese sozialdemokratischen Gruppen im Exil auch noch gegen die Mo-

skauer Deklaration polemisierten, in scharfem Gegensatz zu den Bemühungen der im Exil in vielen Ländern wirkenden „Freien Österreichischen Bewegung“, in der Kommunisten eine wichtige Rolle spielten.

In Bezug auf die Entwicklung sozialdemokratischer Positionen ging Schärf auch auf das „Ja“ Renners zum Anschluss ein und auf den Artikel Otto Bauers vom Juni 1938, in dem er gegen „die reaktionäre Parole der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs“ und „für die revolutionäre Parole der gesamtdeutschen Revolution“ polemisierte. Dabei charakterisierte Schärf diese Stellungnahmen von Renner und Bauer nicht als Fehlorientierungen, die dem Kampf gegen den Nazi-Faschismus und für die Befreiung Österreichs schaden, sondern als im wesentlichen übereinstimmende Schritte in der Entwicklung sozialdemokratischer Politik.

Leopold Figl

Von Leopold Figl gibt es keine Texte, die den Charakter von Erinnerungen haben. Das hängt wohl damit zusammen, dass er bis an sein Lebensende 1965 führende staatliche Funktionen inne hatte, in denen er sich mit aktuellen Problemen zu beschäftigen hatte – als Bundeskanzler, Außenminister, Erster Präsident des Nationalrates und Landeshauptmann von Niederösterreich.

1946, als Bundeskanzler, hielt er Reden im Nationalrat, in denen er auf die Moskauer Deklaration Bezug nahm. Dabei würdigte er das Befreiungswerk der alliierten Mächte mit eindrucksvollen Worten. Und er sagte: „Das österreichische Volk wird diesen eindeutigen Beschluss (die Moskauer Deklaration), der gewissermaßen die Geburtsstunde des neuen Österreich war, niemals in seiner Geschichte vergessen.“ Was den Passus der Moskauer Deklaration über die Verantwortung der Österreicher betrifft, versuchte er – ähnlich wie andere Politiker, deren Stellungnahmen hier ebenfalls erörtert werden – die große Mehrheit der Österreicher als Antifaschisten und konsequente Anhänger der Unabhängigkeit Österreichs darzustellen. Sie hätten die in der Moskauer Deklaration enthaltene Festlegung, dass der Anschluss vom März 1938 als null und nichtig anzusehen sei, vom ersten Tag der Vergewaltigung Österreichs an vertreten.

Die Frage der Einschätzung des Widerstandes der Österreicher gegen die Nazi-herrschaft stand damals in enger Verbindung mit den Bemühungen der

Regierung, dass die Alliierten, insbesondere die Sowjetunion, keine Reparationsforderungen gegen Österreich erheben und das deutsche Eigentum in Österreich nicht für sich beanspruchen würden. Diese Position wollte man durch den Hinweis auf den Unabhängigkeitswillen und die antifaschistische Haltung der Österreicher stützen. Um anderen Einschätzungen entgegenzutreten sagte Figl: „Es ist eine Geschichtsfälschung, wenn heute irgendwo in der Welt versucht wird, aus dem Hochverrat einiger weniger ... staatsfeindlicher Elemente eine antieuropäische Gesinnung des österreichischen Volkes konstruieren zu wollen. Alle diese Menschen sind aus dem österreichischen Volk ausgestoßen.“ Und dann hieß es in dieser Rede Figls: „(Eine) wichtige Aufgabe ist, dass Österreich nicht mit einer Bürde belastet wird, die seine schwierige Aufbauarbeit unmöglich macht oder ungebührlich verzögert.“ In einer anderen Rede sagte Figl: „Die überwiegende Mehrheit der Österreicher stand dem Nazismus ablehnend gegenüber.“

Karl Gruber

Karl Gruber war österreichischer Außenminister von 1945 bis 1953. Seine negative Einstellung zur Moskauer Deklaration hat er deutlicher und direkter zum Ausdruck gebracht als die anderen Staatsmänner, die im heutigen Bericht zitiert werden. So erklärte er in einer Rede vor ÖVP-Funktionären am 29. März 1946: „Den ganzen Krieg hindurch warteten wir vergeblich auf die Errichtung einer österreichischen Regierung im Ausland, auf die unbedingte Anerkennung der selbständigen Existenz Österreichs. Anstatt dessen wurde uns zuerst die verklausulierte Moskauer Deklaration und als Ausfluss dieser schließlich die Potsdamer Deklaration beschert.“ Zu diesem Redetext Grubers ist natürlich anzumerken: 1. Dass es nicht zur Errichtung einer österreichischen Regierung im Ausland, einer Exilregierung, kam, hatte mehrere gewichtige Gründe, die wohl auch Gruber bekannt waren. Darüber ging er aber einfach hinweg. 2. Wenn Gruber hier anzudeuten versucht, die Moskauer Deklaration enthielt keine klare Anerkennung der Existenzberechtigung Österreichs, so geht diese Behauptung einfach ins Leere. Gerade das war ja die Hauptaussage der Deklaration. 3. In der Moskauer Deklaration war eigentlich nichts „verklausuliert“. Sie war natürlich kein Völkerrechtsdokument, kein internationaler Vertrag, sondern eine politische Erklärung. Offensichtlich ging es

Gruber in dieser Rede nicht um eine Analyse der Moskauer Deklaration, sondern um Stimmungsmache gegen die Alliierten, um einen Versuch, auf solche Weise Druck für den Abzug der Besatzungstruppen und den Abschluss des Staatsvertrages auszuüben. Dass er dabei eine Grundlage der Wiedererrichtung Österreichs in Frage stellte, spielte ihm keine Rolle.

Vor einem ganz anderen Hörerkreis gab Gruber allerdings eine wesentlich andere Darstellung. Am 17. Dezember 1952 sprach er vor einem Ausschuss der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Es ging darum zu erreichen, dass die Vollversammlung eine Resolution beschließt, die sich für einen baldigen Abschluss des Staatsvertrages mit Österreich ausspricht. Da sagte Gruber: „Staatsmänner der Alliierten haben nach Anfang des Zweiten Weltkrieges feierlich erklärt, dass Österreich als souveräner Staat wiedererstehen soll. Diese bei verschiedenen Anlässen gemachten Erklärungen führten schließlich zur Moskauer Deklaration.. Die alliierten Mächte erklärten die Österreich von Deutschland aufgezwungene Annexion für null und nichtig. Die Erklärungen alliierter Staatsmänner gaben unserem Volk die Stärke, allen Methoden der Unterdrückung zu trotzen. Sie schürten Widerstand und bewogen das österreichische

Volk bei Kriegsende, die Soldaten der alliierten Armeen, welche Uniform sie auch trugen, als Freunde und Befreier zu begrüßen. Sie führten beim österreichischen Volk zur Überzeugung, dass auf die Jahre der Besetzung und Unsicherheit nun eine lange Periode wirklicher Freiheit, eine Zeit der Sicherheit und des friedlichen Wiederaufbaus folgen würde.“

1976 erschienen die Erinnerungen Karl Grubers. Darin rühmte er sich, schon unmittelbar nach Kriegsende eine antisowjetische und antikommunistische Linie vertreten zu haben. Und er beklagte, dass bei der amerikanischen Besatzungsmacht, mit der er zuerst in Tirol und dann als Bundesminister in Wien zu tun hatte, keineswegs eine antirussische Einstellung vorherrschte. Gruber schrieb: „Von General Clark abwärts waren sie alle, mit kaum einer Ausnahme, von den russischen Leistungen während des Krieges beeindruckt ... Im Westen rollte ... eine hohe Woge der Sowjetfreundschaft ... Als Österreicher musste man sich während der Jahre der Besetzungszeit immer wieder erst vergewissern, mit den Exponenten welcher amerikanischen Gesinnungsgruppe man es bei Verhandlungen zu tun hatte.“

Für Karl Gruber war der letzte Teil der Moskauer Deklaration, in der Österreich aufgefordert wird, zum Anti-Hitler-Kampf und so zur eigenen Befreiung beizutragen, irritierend. Ihn irritierte auch, dass sich sogar amerikanische Gesprächspartner auf diese Aufforderung der Moskauer Deklaration beriefen. In den Erinnerungen Grubers kamen dann Sätze, die nur als Versuch einer Vernebelung gedeutet werden können: „Die Moskauer Deklaration schien also weitgehend auf die kämpfenden Truppe gemünzt zu sein. Hätten unsere Soldaten (Gruber meint da wohl die Österreicher in der deutschen Wehrmacht) die Moskauer Deklaration gekannt, dann wären sie am ehesten zu dem Schluss gekommen, dass Deutschland und Österreich auch in Zukunft in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden bleiben müßten.“ Und Gruber geht dann auf die politischen Direktiven der alliierten Besatzungsmächte los, die er mit den Hauptmerkmalen „Nichtverbrüderung mit der Bevölkerung Österreichs“ und „Bekämpfung sogenannter Austrofaschisten“ charakterisierte. Gruber kam zum Schluss: „Wenn Österreich nicht als Linksdiktatur endete, so war das gewiss kein Verdienst der Politoffiziere auf alliierter Seite. Verkappte Kommunisten waren gar nicht so selten.“ Und einige

Zeilen weiter hieß es: „Die Volkspartei bildete den festen Kader der antikommunistischen Phalanx.“ Die Widersprüchlichkeit von Stellungnahmen Grubers ist offensichtlich. Vor den Vereinten Nationen lobte er die Moskauer Deklaration, in seinen Erinnerungen sah er sie als Schwächung des Strebens für die Befreiung Österreichs. Die Bemerkungen zur Moskauer Deklaration und verwandten Fragen in seinen Erinnerungen sind also wohl als klarer Ausdruck seiner antisowjetischen und antikommunistischen Haltung zu sehen.

Bruno Kreisky

Bruno Kreiskys Erinnerungen liegen in drei Bänden vor. Der erste Band enthält auch Äußerungen zur Moskauer Deklaration, aber es findet sich da keine Analyse des Zustandekommens und der Bedeutung der Deklaration. Kreisky verwies natürlich darauf, dass er – damals als Emigrant in Schweden – schon vor der Moskauer Deklaration für die Wiederherstellung eines demokratischen Österreich eingetreten ist. Und er fügte hinzu, nicht für die Wiederherstellung eines „vaterländischen Österreich“, womit er deutlich machen wollte, dass es nicht um die Wiederherstellung der Zustände der austrofaschistischen Diktatur Dollfuß – Schuschnigg gehen konnte. Kreisky erinnerte auch daran, dass er mit der von ihm in Schweden vertretenen Position in Gegensatz zu vielen seiner sozialdemokratischen Freunde in England und Amerika stand. Er zitierte die Erklärung, die vom Klub Österreichischer Sozialisten am 28. Juli 1943 in Stockholm beschlossen wurde, zu deren Zustandekommen er wesentlich beitrug und in der die Wiederherstellung einer selbständigen, unabhängigen, demokratischen Republik Österreich gefordert und ein Verbleiben im Rahmen des Deutschen Reiches abgelehnt wird – „im Einverständnis mit der österreichischen Arbeiterschaft und in Kenntnis ihrer Anschauungen“, wie es im Wortlaut hieß. Die Leitung des sozialdemokratischen Klubs in London wurde aufgefordert, die Erklärung abzugeben, dass die österreichischen Sozialisten auf dem Standpunkt der Wiedererrichtung der österreichischen demokratischen Republik stehen. Kreisky erinnerte auch daran, dass er Initiativen zur Vereinigung aller deutschsprechenden Sozialisten, die u.a. auch von Willy Brandt unterstützt wurden, entgegengetreten ist.

Dass die österreichischen Sozialdemokraten im schwedischen Exil die Moskauer Deklaration ausdrücklich begrüß-



Die Zeitschrift fürs Vergnügen. Am Denken.

MARXISTISCHE BLÄTTER

**Analysen
Hintergrund
Kontroversen
Kommentare**

Alle 2 Monate, 112 S.
Österreich:
inkl. Porto 50 € / Jahr,
Studierende 35 €.
Probeheft kostenlos.

Neue Impulse Verlag
Hoffnungst. 18
D-45127 Essen
Fax 0049-201-2 48 64 84
NeueImpulse@aol.com

ten, wobei Kreisky als ihr Sprecher gegenüber den schwedischen Medien fungierte, blieb aber in den Erinnerungen unerwähnt. Auskunft darüber gibt jedoch der 1986 von Oliver Rathkolb und Irene Etzersdorfer herausgegebene Band „Der junge Kreisky (1931-1945)“. Gegenüber der schwedischen Zeitung *Social-Democrat* (Ausgabe vom 4. November 1943) sagte Kreisky damals: „Wir österreichische Sozialisten begrüßen mit größter Freude den Beschluss der Moskauer Konferenz, Österreich als eine freie demokratische Republik wieder herzustellen. Wir sind auch sicher, dass der Beschluss mit Enthusiasmus in unserem Heimatland begrüßt werden wird. Für die Österreicher ist der Anschluss mit Nazi Herrschaft und Krieg verbunden. Es ist selbstverständlich, dass Österreich nur durch das Zusammengehen aller demokratischen Kräfte im Land wieder aufgebaut werden kann...“

Auf jenen etwa sieben Seiten der Erinnerungen Kreiskys, in denen eine eingehendere Erörterung der Moskauer Deklaration aus Gründen der Chronologie logisch gewesen wäre, befasste sich aber ein beträchtlicher Teil des Textes mit antikommunistischen Abgrenzungen. Gegen Kriegsende hätten die Kommunisten sich als österreichische Superpatrioten, als extreme Nationalisten gebärdet, um so einen Monopolanspruch zu erheben, schrieb Kreisky. Er betonte auch, dass er als Vorsitzender der Österreichischen Vereinigung in Schweden einen Beitritt zum „Free Austrian World Movement“ ablehnte, denn es hätte die Gefahr bestanden, dass eine kommunistisch beherrschte Bewegung auch ihren Widerhall in Österreich findet. „Die Kommunisten hätten in den ersten Nachkriegstagen in bewährter Manier alles an sich gerissen.“ In den Erinnerungen warf Kreisky den Kommunisten auch vor, sie hätten nach der Befreiung eine eingehende Verfassungsberatung angestrebt, um eigene Interessen durchzusetzen, dies sei aber glücklicherweise von Adolf Schärf verhindert worden. In den Erinnerungen Kreiskys ist also die Darstellung des Zeitabschnittes der Anti-Hitler-Koalition, die für Österreichs Befreiung entscheidend war, vor allem von Denkweisen des Kalten Krieges geprägt.

Schlussbemerkung

Die hier vorgelegte Betrachtung zeigt, dass die Darstellungen und Erinnerungen österreichischer Politiker mit Regierungsverantwortung nicht als Quelle für ein Verständnis der Bedeutung der Mo-

skauer Deklaration dienen können. Es ist eher umgekehrt: Diese Darstellungen und Erinnerungen liefern Einblicke in die Geisteshaltungen und Ziele, die mit Fehldarstellungen und Fehlinterpretationen verfolgt wurden und von anderen in ähnlicher Weise noch heute verfolgt werden.

Die Bedeutung der Anti-Hitler-Koalition für die Wiedergeburt Österreichs vor 58 Jahren – dieses Thema soll, wenn es nach den Absichten der bestimmenden politischen Kräfte dieses Landes geht – möglichst in Vergessenheit geraten. Dem gilt es entgegen zu wirken. Die Verteidigung der Bedeutung der Anti-Hitler-Koalition soll aber auch in einem größeren, internationalen Rahmen gesehen werden. Ein herausragendes Resultat der Anti-Hitler-Koalition war und ist die Entstehung der Vereinten Nationen als weltumspannende Organisation für Friedenssicherung und internationale Zusammenarbeit. Diese Feststellung ist aufrecht zu erhalten, wie immer man ihre Mängel und Unzulänglichkeiten bewertet. (Angemerkt sei: Die ersten Beratungen über die Gründung der Vereinten Nationen fanden bei der Moskauer Außenministerkonferenz 1943 statt, bei der die Moskauer Deklaration über Österreich beschlossen wurde.) So ist die Aufgabe des Bewusstmachens der Moskauer Deklaration heute auch in Zusammenhang mit der höchst aktuellen Notwendigkeit zu sehen, den Versuchen entgegenzutreten, die Vereinten Nationen auszuhebeln und in die Bedeutungslosigkeit abzudrängen. Dass die derzeitige Regierung der USA, die sich auf rücksichtsloses Alleinvertreten orientiert, solche Versuche unternimmt, haben die letzten Monate gezeigt. Gezeigt hat sich aber auch wachsende Bereitschaft in vielen Ländern, diesen Versuchen entgegenzutreten.

Literaturliste

Karl Renner, 1870-1950, Staatskanzler 1918-1920, Präsident des Nationalrates 1931-1933, Staatskanzler 27.4.1945-20.12.1945, Bundespräsident 20.12.1945-31.12.1950
 Karl Renner, Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs, Österreichische Staatsdruckerei, Wien 1945 / Europa Verlag, Zürich 1946
 Karl Renner, Österreich von der ersten zur zweiten Republik (Nachgelassene Werke, II. Band), Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1953
 Karl Renner, Für Recht und Frieden (Auswahl der Reden des Bundespräsidenten), Verlag Österreichische Staatsdruckerei, Wien 1950

Adolf Schärf, 1890-1965, Staatssekretär 27.4.1945-20.12.1945, Vizekanzler 20.12.1945-22.5.1957, Bundespräsident 22.5.1957-28.2.1965, Vorsitzender der SPÖ 1945-1957
 Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945-1955, (z.B.) siebente ergänzte Auflage, Wien 1960

Adolf Schärf, Erinnerungen aus meinem Leben, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1963

Adolf Schärf, Der Teil und das Ganze (ausgewählt von Jacques Hannak), Europa Verlag, Wien 1965

Leopold Figl, 1902-1965, 1938-1943 im KZ Dachau und KZ Mauthausen, Staatssekretär 27.4.1945-20.12.1945, Bundeskanzler 20.12.1945-2.4.1952, Außenminister 26.11.1953-10.6.1959, 1. Präsident des Nationalrates 1959-1962, Landeshauptmann von Niederösterreich 1962-1965

Leopold Figl, Ein Jahr freies Österreich (Rede in der gemeinsamen Sitzung des Nationalrates und des Bundesrates am 8. März 1946), Österreichischer Verlag, Wien 1946

Leopold Figl, Lasst uns Österreicher arbeiten! (Erklärung im Nationalrat am 8. Juli 1946) Österreichischer Verlag, Wien 1946

Leopold Figl, Österreich kämpft um den Staatsvertrag (Rede vor dem Plenum der stellvertretenden Außenminister der vier alliierten Mächte in London), Österreichischer Verlag, Wien 1947

Karl Gruber, 1909-1995, Unterstaatssekretär für Äußeres 26.9.1945-20.12.1945, Außenminister 20.12.1945-26.11.1953, Botschafter in Washington, Madrid, Bonn und Bern 1954-1966, 1969-1972, Staatssekretär 19.4.1966-31.5.1969

Karl Gruber, Ein politisches Leben. Österreichs Weg zwischen den Diktaturen. Verlag Fritz Molden, Wien 1976

Karl Gruber, Reden und Dokumente 1945 – 1953. Herausgeber Michael Gehler. Böhlau Verlag, Wien 1994.

Bruno Kreisky, 1911-1990, Berater von Bundespräsident Körner 1951-1953, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten 2.4.1953-16.7.1959, Außenminister 16.7.1959-19.4.1966, Bundeskanzler 21.4.1970-24.5.1983, Vorsitzender der SPÖ 1967-1983

Bruno Kreisky, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten. Siedler Verlag, Berlin 1986

Oliver Rathkolb, Irene Etzersdorfer, Der junge Kreisky. Jugend und Volk, Wien München 1986

Eine Dokumentation aller Referate am Symposium der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT „60 Jahre Moskauer Deklaration“ findet sich unter www.klahrgesellschaft.at.

Zur Rolle der Moskauer Deklaration in den Schulbüchern

ELKE RENNER

Um den Stellenwert eines Themas für den Geschichtsunterricht in Schulen einschätzen zu können, darf man die Rahmenbedingungen im Schulbetrieb nicht außer Acht lassen. Auch der Zeitgeschichteunterricht ist von Einsparungen, Stundenkürzungen und den so genannten Reformen betroffen. Durch schulautonome Entscheidungen bei Stundenkürzungen bleibt in manchen Schulen in der für Zeitgeschichte vorgesehenen Schulstufe nur eine Unterrichtsstunde pro Woche, in dieser soll auch die „Politische Bildung“ abgewickelt werden. Für problemorientierten, projektorientierten Unterricht bleibt da keine Zeit, da sie kaum für den vorgeschriebenen Kernstoff reicht.

Die Schulbücher für den Geschichtsunterricht, ich nenne sie ungerne Lehrbücher, wurden immer schon „grauer Lehrplan“ genannt, weil LehrerInnen sich meist zu sehr an sie geklammert haben. Diese Schulbücher sind hauptsächlich die Arbeit von Beamten, sie sind kommissionell kontrolliert und schreiben mit geringen Abweichungen eine entsprechende Ideologie fest, Wissenschaftlichkeit beschränkt sich auf die Richtigkeit von ausgewählten Daten und Fakten.

In der nach 1945 sich entwickelnden schwarz-roten Konsensgeschichtsschreibung, in der dann sozialpartnerschaftlich doch die Interessen der ÖVP dominierten, wurde ein Österreichbild vermittelt, in dem „Gräben zugeschüttet“ waren, die Opferthese fortgeschrieben und die westliche Seite der Ideologie des Kalten Krieges vermittelt wurde. Es muss dazu auch festgestellt werden, wie spät und mit wie wenig Öffentlichkeit es einer kritischen Zeitgeschichtsforschung gelang, gegen dieses Österreichbild zu wirken. Schulbücher dienen zählebig der Zementierung verordneter Geschichtsbilder, es wäre wichtig der kritischen Literatur an Schulen und Universitäten zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich habe für meine Betrachtungen eine 1962 erschienene Broschüre und 15 Schulbücher für den Geschichtsunterricht der 8. und 12. Schulstufe aus den letzten 12 Jahren herangezogen. Die Broschüre „Unsere Republik im Wandel der Zeit“ (1) war 1962 für alle Vierzehnjährigen gedacht und sollte, so in einem Schreiben des Unterrichtsministers im Juni 1962, eine ausführlichere Darstel-

lung der Geschichte unserer Republik in die Hand geben. Der Appell der „vier erfahrenen Schulmänner“ als Autoren an die SchülerInnen lautet:

Liebe Schüler und Schülerinnen!

Dieses Büchlein führt euch die Geschichte unseres Vaterlandes Österreich in den letzten Jahrzehnten vor Augen. Wir nennen sie Zeitgeschichte, weil sie das Geschehen der jüngsten Vergangenheit behandelt. Eure Eltern und Großeltern sind Zeugen dieser Epoche, auch ihr selbst habt einige Jahre miterlebt.

Die Zeitgeschichte erzählt von den Freuden und Leiden, dem Kämpfen und Dulden des österreichischen Volkes in diesen schicksalsschweren Jahren. Sie berichtet, wie unser Österreich im Jahre 1918 aus dem Zusammenbruch des großen Kaiserreiches hervorging, wie es in der Ersten Republik tapfer um seine Existenz kämpfte, wie es 1938 ausgelöscht wurde und 1945 neu erstand und wie es schließlich als freier und neutraler Staat die Achtung der Welt errang, Damit wird sich euer Blick für das gegenwärtige Leben und Geschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur schärfen. Ihr werdet aber auch erkennen, daß jeder Staatsbürger für das Geschehen in unserer Republik mitverantwortlich ist.

Österreich wird das Herz Europas genannt. Sorgt dafür, daß dieses Herz gesund, tapfer und gut bleibt!

Im Kapitel Österreichischer Leidensweg im „Dritten Reich“ wird der Zweite Weltkrieg wie folgt behandelt:

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. In Polen, Norwegen, Frankreich, Griechenland, Italien, Nordafrika und Rußland kämpften, litten und starben hunderttausende Österreicher in den Reihen der „Deutschen Wehrmacht“.

In der Heimat aber war den Häftlingen der Konzentrationslager ein furchtbares Los beschieden. Katholische und evangelische Priester, ehemalige Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Kommunisten, Widerstandskämpfer der unterjochten europäischen Völker und vor allem Juden mußten unter unmenschlichen Lebensbedingungen harte Fronarbeit leisten. Viele von ihnen wurden auf grausamste hingerichtet.

Am 1. November 1943 erließen die gegen Deutschland verbündeten Mächte in Moskau eine Deklaration: / „Die Regierungen des Vereinigten Königreiches,

der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, daß Österreich das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.

Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland vom März 1938 für null und nichtig... und wünschen ein freies, unabhängiges Österreich wiedererrichtet zu sehen.

Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt und daß anlässlich der endgültigen Abrechnung darauf Bedacht genommen wird, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird.“

Daran schließt sich eine Darstellung des Widerstandes nach ganz besonderen Auswahlkriterien. Mit diesem Büchlein wird die Linie für die weiteren Darstellungen in Schulbüchern vorgezeichnet. Die Betonung der österreichischen Opferrolle und die Behandlung und Betonung des Widerstandes als Feigenblatt. Erst in den Schulbüchern nach 1988 gibt es dann Veränderungen. Die Moskauer Deklaration findet in den von mir betrachteten Büchern fast nur Erwähnung in der Nachkriegsgeschichte 1945–1955 um auf die schon besprochene Weise instrumentalisiert zu werden. An fünf Beispielen möchte ich die Spannweite der Behandlung veranschaulichen:

In den „Meilensteinen der Geschichte“ (9) heißt es unter der Überschrift „Das Ringen um den Staatsvertrag – zwischen Hoffnung und Enttäuschung“:

Sie wünschen ein freies und unabhängiges Österreich ... / Diesen Wunsch brachten die Vertreter der Großmächte in der Moskauer Deklaration zum Ausdruck. Die Wiedererlangung der Freiheit war nach dem Zweiten Weltkrieg das oberste Ziel der österreichischen Politiker, und sie hofften auf die Erfüllung des in der Moskauer Deklaration ausgesprochenen Wunsches.

Wer jedoch glaubte, daß Österreich seine Freiheit und Unabhängigkeit schon in kurzer Zeit zurückgewinnen würde, wurde enttäuscht. Das in vier Besatzungszonen geteilte Österreich sollte noch eine geraume Zeit lang das wichtigste Diskussionsthema der Politiker, aber auch aller anderen Österreicher sein.

Es gab sogar Bestrebungen, den Osten

Österreichs seinem russischen Besatzungsschicksal zu überlassen, während Westösterreich eine eigene Regierung bilden sollte. Dieser Plan scheiterte am energischen Widerstand der Großparteien.

Anschließend werden zwei von Pathos und Ideologie triefende Auszüge aus Aussagen von Bundespräsident Renner und Staatssekretär Kreisky wiedergegeben, jeweils mit Portrait versehen.

In den „Entdeckungsreisen“ (10) 1996 heißt es im Kapitel „Die Sieger stellen die Weichen für die Zukunft“: Entsprechend der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943, mit der sich Großbritannien, die Sowjetunion und die USA zur Wiederherstellung eines „freien und unabhängigen Österreich“ verpflichtet hatten, galt Österreich nicht mehr als Bestandteil Deutschlands. Es wurden allerdings auch hier vier Besatzungszonen und in

der Hauptstadt Wien vier Sektoren eingerichtet.“ Österreich wird nun, so die Diktion, zum zweiten Male Opfer, diesmal Opfer der Besatzer.

Ein Negativbeispiel an „Lehrbuch“ ist „Durch die Vergangenheit zur Gegenwart“ (11). In diesem an die *Bildzeitung* erinnernden Durcheinander von Text und Bild findet sich zwischen einer Karte von den Einflussgebieten von Ost und West und zwei Bildern – eines zeigt einen sowjetischen Soldaten an den Grenzschanzen an der Ennsbrücke, das andere ein von Sowjets beschlagnahmtes Donauschiff –, folgender Text:

In der Moskauer Deklaration war von der Befreiung Österreichs die Rede. Der Preis dafür war hoch. Genauso notleidend wie seine Bürger war „damals“ der gesamte Staat. Und von dem wenigen Geld, das Österreich einnahm, mußte es rund ein Drittel für die Besatzungskosten aufbringen. Darüber hinaus beschlagnahmten die Alliierten alle Industriebetriebe, die 1938 von den Nazis übernommen worden waren, als „Kriegsentschädigung“ („Deutsches Eigentum“).

Die Westmächte erkannten die Not Österreichs und wollten helfen. So übergaben sie ihren Anteil am Deutschen Eigentum der österreichischen Regierung, die diese Betriebe verstaatlichte („Verstaatlichungsgesetze“ – „Verstaatlichte Industrie“).

Ganz anders aber verhielt sich die UdSSR: Die Russen beschlagnahmten die gesamte Erdölherzeugung, die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft („DDSG“), über 300 Fabriken, rund 150 land- und forstwirtschaftliche Betriebe,... Die daraus entstandenen Gewinne flossen in die UdSSR. Steuern bezahlten sie keine.

Einen großen Fortschritt in der Betrachtungsweise bedeutet die Behandlung der Moskauer Deklaration in „einst und heute“ (15) 2002 in den Kapiteln „Österreichische Vergangenheitsbewältigung“ und „Österreichbewusstsein“, in denen bereits der Umgang mit der Vergangenheit thematisiert wird.

„einst und heute“ (16) 2003 beginnt das Kapitel „Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg – Die Wiederherstellung der Republik Österreich“ mit der Vorstellung der Moskauer Deklaration im Auszug und bezeichnet sie als Gründungsurkunde der Zweiten Republik. Es folgt eine Besprechung, in der festgestellt wird, dass die österreichischen Regierungen später gerne die Opferrolle betont und die Mitverantwortung verschwiegen hatten. Es wird darauf hingewiesen, dass Bundeskanzler Franz Vranitzky 1995

erstmalig öffentlich von einer Mitverantwortung Österreichs an den Naziversprechen gesprochen hatte.

Zu diskutieren wäre noch die Rolle der Menschen und Materialien, die neben den Schulbüchern, wenn auch zu spät und in zu geringem Ausmaß aufklärenden Einfluss auf den Unterricht in Zeitgeschichte hatten. Große Bedeutung hatten z. B. das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, der Einsatz von Zeitzeugen, der Ende der 1970er Jahre erstellte Medienkoffer, die in den 80er Jahren erarbeiteten Materialien des Büros Medienverbund, die Lehrerinnenfortbildung im Rahmen der Politischen Bildung, die Pädagogische Taschenbuchreihe *schulheft* und andere alternative Initiativen.

Schlussendlich wäre zu hoffen, dass die kritische Zeitgeschichtsforschung in einer Aufarbeitung der progressiven Traditionen, einer wahren Identität Österreichs verpflichtet, mehr Eingang in die Schulbücher findet.

Die Fußnoten beziehen sich auf die Nummerierung der verwendeten Schulbücher.

Hans Landauer: Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2003

Das von Hans Landauer in Zusammenarbeit mit Erich Hackl im Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft erschienene „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer“ mag auf den ersten Blick dem Titel nach vielleicht als Nachschlagewerk für einen kleinen Kreis am Thema interessierter „SpezialistInnen“ erscheinen. Mehr als erfreulich ist, dass dies seit dem Erscheinen dieses Bandes im September 2003 mehrfach widerlegt wurde. So widmete die Tageszeitung *Kurier* diesem Zeugnis antifaschistischen Widerstands und Internationalismus einen zweiseitigen Artikel, schon in der ersten Woche nach der Veröffentlichung war in einigen Buchhandlungen das erste Kontingent ausverkauft, und der Barocksaal des Alten Rathauses in Wien war fast zu klein, um all jene aufzunehmen, die zur Buchpräsentation gekommen waren.

Hans Landauer, der 16-jährig von zu Hause ausgerissen war, um als jüngster Österreicher in den Reihen der Internationalen Brigaden zu kämpfen, hatte es sich als er 1983 in Pension ging zur „Lebensaufgabe“ gemacht, den Kampf jener ÖsterreicherInnen zu dokumentieren, die

Literaturliste

1. Anton Ebner, Anton Kolbabeck, Matthias Laireiter, Hermann Schnell, Unsere Republik im Wandel der Zeit, ÖBV (Österreichischer Bundesverlag) 1962
2. Schausberger, Oberländer, Strotzka, Wie, woher, warum /4.Kl./, ÖBV 1991
3. Michael Floiger, Ulrike Ebenhoch, Kurt Tschegg, Manfred Tuschel, Stationen /7.Kl./, Ed. Hölzl 1991
4. Michael Floiger, Ulrike Ebenhoch, Kurt Tschegg, Manfred Tuschel, Stationen /8.Kl./, Ed. Hölzl 1992
5. Schröckenfuchs, Kowarik, Weiser, Spuren der Zeit /7.Kl./, E. Dorner 1991
6. Schröckenfuchs, Lobner, Spuren der Zeit /8.Kl./, E. Dorner 1992
7. Oskar Achs, Manfred Scheuch, Eva Tesar, Aus Geschichte lernen /7.Kl./, ÖBV 1993
8. Oskar Achs, Manfred Scheuch, Eva Tesar, Aus Geschichte lernen /8.Kl./, ÖBV 1992
9. H. Hammerschmid, W. Pramper, Meilensteine der Geschichte /4.Kl./, Veritas 1993
10. Klaus Sturm, Veit Sturm, Ulrike Ebenhoch, Kurt Tschegg, Entdeckungsreisen /4.Kl./, ÖBV 1996
11. Lemberger, Durch die Vergangenheit zur Gegenwart /4.Kl./, Österr. Agrarverlag 1996
12. Scheucher, Wald, Lein, Staudinger, Zeitbilder /7.Kl./, ÖBV 2000
13. Wald, Staudinger, Scheucher, Scheipl, Zeitbilder /8.Kl./, ÖBV 1996
14. Gerhard Huber, Erlefried Schröckenfuchs, einst und heute /7.Kl./, E. Dorner 2001
15. Gerhard Huber, Erlefried Schröckenfuchs, einst und heute /8.Kl./, E. Dorner 2002
16. Gerhard Huber, Ernst Gusenbauer, Wernhild Huber, einst und heute /4.Kl./, E. Dorner 2003

in beispielloser internationaler Solidarität der spanischen Republik gegen den Franco-Faschismus zur Hilfe eilten.

Zwei Jahrzehnte trug Landauer biographische Daten, Fotos und Materialien über 1380 nunmehr namentlich erfasste österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg zusammen, die nicht nur im Lexikon erfasst sind, sondern auch im beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes angesiedelten Archiv der Österreichischen Spanienkämpfer eingesehen werden können. In all den Jahren recherchierte er u.a. in Archiven und Gemeindeämtern in Österreich, Spanien, Deutschland und der Schweiz, wobei er sich bemühte, die weiteren Stationen der InterbrigadistInnen nach dem Ende des spanischen Bürgerkriegs und auch nach 1945 festzuhalten. Stationen, die über französische Lager, Gefängnisse, deutsche Konzentrationslager und antifaschistischen Widerstandskampf führten und über die 260 in den Kämpfen in Spanien Gefallenen hinaus noch weitere Opfer forderten.

Mit der Einführung zum Lexikon gibt Hans Landauer notwendige Hintergrundinformationen, die aus den Einzelbiographien nicht herauszulesen sind. Die einzelnen Kapitel berichten unter anderem über die ersten Freiwilligen, die Transportorganisation, die Einsatzgebiete der ÖsterreicherInnen, die Frauen im Sanitätsdienst, die Spanienkämpfer in den deutschen Konzentrationslagern, das Exil in Großbritannien und der Sowjetunion.

Das nun vorliegende „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer“ ist eine unschätzbare Grundlage für die weitere Beschäftigung und Erforschung dieses Themas. Die biographischen Angaben – auch wenn sie in manchen Fällen spärlich sein mögen – lassen die einzelnen Menschen mit ihrem ganz persönlichen Lebensweg und ihrer Parteinahme für gesellschaftliche Verantwortung aus der Anonymität eines Namens oder statistischer Angaben hervortreten. Wichtig auch, dass mit Hans Landauer ein „Augenzeuge“ dieses Buch veröffentlicht hat. Denn manches, was vielleicht subjektiv erscheinen mag, wäre bei einer Aufarbeitung durch nachfolgende „objektive“ HistorikerInnengenerationen möglicherweise verlorengegangen.

Das Lexikon ist somit eine Aufforderung, mit Ergänzungen und gegebenenfalls auch Korrekturen weiter zu diesem Thema recherchieren und die in verschiedenen Archiven und Publikationen vorhandenen Informationen in kooperativer Weise zusammenzuführen. Die von

den SpanienkämpferInnen vorgelebte Solidarität würde so wohl am würdigsten hochgehalten werden.

IRENE FILIP

Zum 100. Geburtstag von Arnold Reisberg

Am 17.2.1904 im polnischen Borislav geboren, zog seine Familie im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts aus diesen östlichen Teilen der k. u. k. Monarchie in die Residenzstadt Wien. Er besuchte in Wien die Mittelschule und begann 1924 an der Universität Wien sein Studium der Geschichte. Er schrieb seine Dissertation „Der wirtschaftliche Anschluss Österreichs an Deutschland in den Jahren 1840–1848“ und promovierte 1928 beim Historiker Alfons Dopsch.

1924 trat er der KPÖ bei und war mit seinen engen Freunden Dr. Alfred Klahr und Dr. Arnold Deutsch einer der wichtigsten Propagandisten im Kommunistischen Jugendverband, der im Arbeiterheim in der Blumauergasse (Wien-Leopoldstadt) ein Kristallisationszentrum hatte.

Reisberg war in den 1920er-Jahren Leiter der Propagandaabteilung der KPÖ und gehörte zu den Organisatoren der nach dem Vorbild der KPD durchgeführten Marxistischen Abendschule (MASCH), deren Leiter er war. 1932, als die KPÖ in Österreich einen signifikanten Aufschwung erlebte und bei den damals abgehaltenen Wahlen zahlreiche Gemeinderatsmandate quer durch Österreich erringen konnte, entstand die Notwendigkeit, ein theoretisches Organ herauszugeben. Es hieß „Der Kommunist“ und Reisberg war der verantwortliche Redakteur. Zwischen 1927–34 wurde er mehrmals verhaftet und nach den Februarkämpfen aus Österreich ausgewiesen. In der CSR hielt er Schulungen für Schutzbündler ab und wurde von der Partei 1935 in die Sowjetunion entsandt, wo er als Dozent an der *Internationalen Leninschule* arbeitete und erster Leiter des österreichischen Sektors wurde. Man warf ihm 1937 „Abweichungen“ vor, in der Folge wurde er aus der Schule entlassen, kurz danach aus der KPÖ ausgeschlossen und im April 1937 verhaftet und wegen „antisowjetischer Propaganda“ zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt. Wie viele andere hatte der das „Pech“, dass das Ende seiner Haftzeit bereits in die Zeit nach der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion fiel, sodass er weiterhin im Lager (Kolyma) festgehalten wurde und, wie er im Lebenslauf for-

mulierte, „am sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion teilnahm“. 1946 konnte er ins Gebiet Kalinin übersiedeln, wurde aber 1949 erneut verhaftet, da er ohne Bewilligung nach Moskau zu seiner Frau gezogen war. Man verbannte ihn „lebenslang“ nach Ostsibirien, wo er als Waldarbeiter, Teerbrenner und Transportarbeiter tätig war. 1954 wurde endlich seine Strafe getilgt, die Verbannung aufgehoben und er konnte als Deutschlehrer in Kaluga arbeiten. Seine Repatriierung nach Österreich scheiterte an der Weigerung des österreichischen Staates, ihm ein Visum zu geben. So nahm er ein Angebot der DDR an, wo er am dortigen IML in der Leninabteilung arbeiten konnte. Obzwar er 1945 immer Kontakt mit den alten österreichischen GenossInnen hatte, war sein Name der Parteiöffentlichkeit nahezu unbekannt, was nicht nur mit seinem neuen Lebensmittelpunkt Berlin zusammenhing, sondern natürlich auch mit seiner Verhaftung und Lagerhaft in der Sowjetunion, einem Kapitel der Geschichte der KPÖ, mit dem umzugehen man nach 1945 verständlicherweise größere Probleme hatte.

Die Liste seiner wissenschaftlichen Arbeiten ist lange und seine bei *Reclam* erschienene zweibändige Arbeit „Lenin – Dokumente seines Lebens“ gehört zu den Standardwerken über den großen russischen Revolutionär. Ein anderes Buch mit Standardcharakter ist das 1974 im *Globus-Verlag* erschienene Werk „Februar 1934“, mit dessen Erscheinen auch sein Name innerhalb der KPÖ wieder bekannt wurde. Bis dahin gab es in der österreichischen Geschichtsschreibung noch kein Buch, das mit solch einer Ausführlichkeit (vom historisch-materialistischen Standpunkt gar nicht zu reden) auf die Vorgeschichte und den Ablauf der Ereignisse des Februar 1934 eingegangen war. Reisberg war ebenso ein Spezialist für die 2. Internationale, schrieb Manuskripte zu den österreichischen Kommunisten und Internationalisten, die an der Seite der Sowjetmacht in Russland kämpften, und erstellte eine Chronik der Geschichte der KPÖ, die leider zu seinen Lebzeiten nicht mehr veröffentlicht wurde, an deren Herausgabe aber gearbeitet wird.

Die DDR, die ihm die seinerzeit erlittenen Verfolgungen nicht nur durch die Möglichkeit der qualifizierten Arbeit abgegolten hat, würdigte seine Leistungen mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold. Reisberg starb am 20.7.1980 in Berlin.

WILLI WEINERT

Die Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft vom 21.2.2004

Am 21. Februar 2004 wurde in 1100 Wien, Gudrunstraße 133, die am 15. November 2003 unterbrochene Generalversammlung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT fortgesetzt und zum Abschluss gebracht. Präsident Hans Hautmann erstattete den Bericht über die Entwicklung in den vorangegangenen drei Monaten und informierte über die Ergebnisse der beiden Treffen der Verhandlungsdelegation der AKG mit Vertretern der KPÖ vom 28. November 2003 und 6. Februar 2004 sowie der beiden Vorstandssitzungen der AKG vom 12. Dezember 2003 und 6. Februar 2004. Die Situation ist nach wie vor kompliziert, und zwischen der AKG und den Eigentümervertretern seitens des KPÖ-Bundesvorstandes gibt es in einer Reihe von Fragen unterschiedliche Auffassungen, die zu vereinen nicht leicht ist. Hautmann führte dazu aus:

„Von Seiten des Vorstandes und sicherlich auch von Seiten der Vereinsmitglieder besteht der Wille und die Absicht, die AKG als Organisation zu erhalten. Dass die Umstände für die Fortsetzung ihrer Tätigkeit weitaus schwieriger als früher geworden sind, ist eine Tatsache, der wir uns stellen müssen. (...) Der im Vereinsregister eingetragene Name unserer Organisation lautet offiziell: ‚Alfred Klahr Gesellschaft. Archiv- und Bibliotheksverein‘. Bleibt es weiterhin unsere Aufgabe laut Statut, die Archiv- und Bibliotheksbestände der KPÖ zu verwahren, zu verwalten und wissenschaftlich zu erschließen, dann bedingt das, dass uns ein Spielraum für autonome Entscheidungen und selbständiges Handeln eingeräumt wird, zumal wir überdies eine Organisation sind, die auch Nichtmitgliedern der KPÖ für den Beitritt offen steht. Diese Selbständigkeit muss uns bei der Suche nach Mitteln und Wegen, die künftige Nutzung des Archivs auf der Basis der Betreuung durch freiwillige MitarbeiterInnen zu gewährleisten, zugestanden werden, wobei wir uns der Tatsache bewusst sind und stets bewusst sein müssen, dass die AKG das Parteiarchiv verwaltet und deshalb für den Eigentümer in einem ordentlichen Zustand zu halten hat. Das eine bedingt das andere, weshalb ich eindringlich appelliere, vernünftige und für beide Seiten akzeptable Lösungen anzustreben. Ich kann heute vor euch noch kein Signal für eine Entwarnung setzen. Auch wenn es

in der Zeit seit der unterbrochenen Generalversammlung vom 15. November 2003 gewisse atmosphärische Verbesserungen gegeben hat, bleibt die Lage der AKG labil. Das bedeutet, dass nach dem Stand der Dinge, wie er jetzt nach mühseligen, langwierigen und nervenaufreibenden Verhandlungen erreicht wurde, keine der beiden Seiten der anderen erneut etwas Unmögliches zumuten darf. Wir von der AKG werden uns jedenfalls darum bemühen. Die vergangenen zehn Jahre seit der Gründung unseres Vereins im November 1993 haben ja gezeigt – und darüber sind wir im Vorstand einhelliger Meinung –, dass die AKG viel Nützliches geleistet hat, im allgemeinen Interesse des Wirkens in die Öffentlichkeit ebenso wie im Interesse der KPÖ, deren Archiv und Bibliothek sie verwaltet. Ich richte deshalb an alle, denen das Schicksal der AKG am Herzen liegt, die Aufforderung, konstruktiv mitzuarbeiten.“

In der anschließenden Diskussion meldeten sich 18 Personen zu Wort, wobei divergierende Meinungen zu verschiedenen Fragen und zu den Möglichkeiten der Problemlösung zum Ausdruck kamen. Nachdem die der Generalversammlung vom 15. November 2003 ursprünglich vorliegenden Anträge von Peter Goller/Gerhard Oberkofler und Charotte Rombach von den AntragstellerInnen zurückgezogen worden waren, erhob die Generalversammlung zwei Anträge zum Beschluss. Der Antrag des Vorstandes wurde einstimmig, der Antrag Mikosch mit allen bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Der Antrag des Vorstandes an die Generalversammlung vom 21. Februar 2004 lautet:

„Die Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft (AKG) vom 21. Februar 2004 nimmt den von Präsident Hans Hautmann erstatteten Bericht zur Kenntnis und billigt die vom Vorstand der Gesellschaft am 7. Februar 2004 gefassten Beschlüsse betreffend die Weiterführung der Tätigkeit der Gesellschaft. Basierend auf dem Beschluss der Generalversammlung der AKG vom 15. November 2003 hat der Vorstand der AKG eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter der Anleitung des wissenschaftlichen Leiters Willi Weinert Fragen der öffentlichen Nutzung der Archivbestände klären wird, und die konzeptionelle Vorschläge für die Zukunft zu erarbeiten hat. Der Vorstand begrüßt die Bereitschaft von Personen innerhalb und außerhalb der AKG, uns bei der Gewährleistung der öffentlichen Nutzung der Bestände zu unterstützen und beauftragt die Arbeits-

gruppe, Voraussetzungen für die Heranziehung freiwilliger MitarbeiterInnen zu schaffen. Die Arbeitsgruppe besteht aus Winfried R. Garscha, Manfred Mugrauer (Koordinierung), Gerhard Oberkofler, Elke Renner, Thomas Schönfeld und Willi Weinert.

Neben diesen umzusetzenden Maßnahmen wird die AKG im Jahr 2004 auch unter den erschwerten finanziellen und räumlichen Bedingungen ihre öffentliche Tätigkeit fortsetzen, die ‚Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft‘ herausgeben und zwei Symposien (zum Arbeitsrecht im Gedenken an Eduard Rabofsky im Juni 2004 und zum 100. Geburtstag von Alfred Klahr im Oktober 2004) veranstalten.“

Aus dem Beschluss ist zu ersehen, dass seitens des Vorstandes der AKG die Bereitschaft besteht, Mittel und Wege zu finden, um die künftige Nutzung des Archivs auf der Basis der Betreuung durch freiwillige MitarbeiterInnen zu gewährleisten, was nicht ohne die Person Willi Weinerts und seine Archivkenntnisse geschehen kann. Die Arbeitsgruppe wird diese Aufgabe rasch in Angriff nehmen mit dem Ziel, die Benützbarkeit des Archivs bald wieder herzustellen. Bei gutem Willen auf beiden Seiten müsste hier ein Einvernehmen möglich sein.

Der Antrag von Hans Mikosch lautet:

„Die Generalversammlung der Alfred Klahr Gesellschaft beauftragt den Vorstand, in Verhandlungen mit Vertretern des Bundesvorstandes der KPÖ eine finanzielle Grundausrüstung zur Sicherung der Vereinstätigkeit zu fixieren. Dieses für einen festzulegenden, längerfristigen Zeitraum geltende Budget hat die eigenständige und planbare Tätigkeit der Gesellschaft in Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Es ist durch die Mittel aus Mitgliedsbeiträgen, eingeworbene Mittel, Subventionen, Erlöse aus dem Vertrieb von Büchern und sonstigen Druckschriften, allfällige, auch zweckgebundene Spenden, u.a. zu ergänzen.

Begründung: Der Abschluss einer Vereinbarung über ein gesichertes Grundbudget ist für eine wie bisher erfolgreiche Weiterführung der Aktivitäten, insbesondere für eine zweckmäßige Betreuung des Archivs der KPÖ durch die Alfred Klahr Gesellschaft unabdingbar.“

Es wird Aufgabe der vom Vorstand der AKG eingesetzten Arbeitsgruppe sowie weiterer Verhandlungen mit den VertreterInnen des Bundesvorstandes der KPÖ sein, die anstehenden Probleme einer Lösung zuzuführen.

HANS HAUTMANN

Sonderbände der Reihe „Quellen & Studien“

Hans Hautmann: **Karl Marx – Friedrich Engels**

Ein Vademekum über ihr Leben und Werk
(Sonderband 1), 468 S., 15.– Euro, ISBN 3-9501204-1-6

**Zwischen Wiener Kreis und Marx
Walter Hollitscher (1911-1986)**

(Sonderband 2), 154 S., 14.– Euro, ISBN 3-9501204-6-7



Hans Hautmann: **Soziale Utopien und utopischer Sozialismus**

Ein Vademekum zur Ideengeschichte des Sozialismus und Kommunismus von der Antike bis Marx (Sonderband 3)
434 S., 15.– Euro, ISBN 3-9501204-3-2



Charlotte Rombach: **Gelebte Solidarität. Schutzbundkinder in der Sowjetunion**
(Sonderband 4), 151 S., ca. 180 Fotos u. Abb., 14.– Euro, ISBN 3-9501204-4-0

Bestellungen:

Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42,
A-1140 Wien, FAX: (+43-1) 982 10 86/18
e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Univ.Prof. Dr. Hans Hautmann

weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Irene Filip, Winfried R. Garscha, Elke Renner,

Thomas Schönfeld, Willi Weinert

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

An dieser Stelle möchten wir uns erneut an unsere FreundInnen mit der Bitte wenden, Materialien aller Art (Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Dokumente, Flugblätter, Abzeichen, Fotos, Gegenstände usw.), die die Sammeltätigkeit der Alfred Klahr Gesellschaft betreffen, dieser zu übergeben, bzw. es uns zu ermöglichen, diese zu sichten und eventuell Kopien anzufertigen.

Archivzugänge

Von *Michael Graber* erhielten mehrere Jahrgänge der Zeitung des kommunistischen Studentenverbandes *rote Perspektive*.

Internetpräsenz der
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ der Jahrgänge 1994–2003
- diverse Referate von Symposien und Veranstaltungen der Alfred Klahr Gesellschaft im Volltext
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG
- Informationen über die Sammlungen des Archivs der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der KPÖ
- Publikationen der AKG

In eigener Sache

Die **Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft** werden vier Mal im Jahr neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Nachdem wir im Jahr 2004 nicht nur mit einer weiteren Erhöhung der Posttarife, sondern auch mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert sein werden, bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* interessiert sind und nicht Mitglied der AKG sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein **Jahresabonnement** zum Preis von **4,4- Euro** (vier Ausgaben) bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Bitte überweisen Sie diese Summe auf das Konto der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, **PSK 92023930, BLZ 60.000**, bzw. richten Sie ein e-mail an die AKG (klahr.gesellschaft@aon.at) mit dem Subject „Abonnement“. Wir lassen Ihnen in diesem Fall einen Erlagschein zukommen.